Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 230. Montag, 2. Oktober 1922, abends. 75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 170.— Mark ohne Bringerlohn, durch die Post frei Haus 180.— Mark. Einzelnummer 10.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 12.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 5.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 2. Oktober 1922.

—* **Herr Organist Scheffler**, der sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen hat, sein kirchenmusikalisches Amt niederzulegen, wurde gestern im Hauptgottesdienst verabschiedet. Nachdem nach der Predigt der Kirchenchor dem Scheidenden zu Ehren eine Motette gesungen hatte, hielt Herr Pfarrer Friedrich an ihn eine Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß nicht nur dem Scheidenden das Scheiden schwer würde, sondern auch die Kirchgemeindevertretung, die auf dem Altarplatz versammelt war, und die Kirchgemeinde ihn nur ungern ziehen ließen, weil sie wohl wüßten, was sie an ihrem Organisten gehabt hätten, und dem Scheidenden herzlichen Dank und herzliche Segenswünsche aussprach. Sodann überreichte er ihm ein künstlerisch ausgeführtes Gedenkblatt, das u. a. die Orgeln der beiden Kirchen enthält. Mit dem Lieblingschoral des Herrn Organist Scheffler: „Was mein Gott will, geschehe allzeit", schloß die Feier.

—* **Die „Friedensmiete" Grundlage der „gesetzlichen Miete".** Es wird vielfach ohne jede Einschränkung behauptet, das Reichsmietengesetz ermögliche durch seine Bestimmungen in § 2 Abs. 4 statt der Friedensmiete eine dem wahren Wert des Grundstücks im Jahre 1914 entsprechende Verzinsung als Ausgangspunkt für die gesetzliche Miete zu nehmen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß im allgemeinen von der Friedensmiete ausgegangen werden muß. Nur in den wenigen Fällen, wo die Beschaffenheit des Raumes im Jahre 1914 wesentlich anders war als jetzt oder wo die Parteien aus besonderen Gründen (etwa Verwandtschaft) eine von der ortsüblichen ungewöhnlich abweichende Miete vereinbart hatten, oder wo die Friedensmiete nicht mehr festgestellt werden kann, oder wo die Räume gar nicht vermietet waren, hat das Mieteinigungsamt auf Antrag nach § 2 Abs. 4 des Reichsmietengesetzes anstelle der Friedensmiete die ortsübliche Miete festzustellen. Hingegen ist kein Anlaß zur Feststellung der ortsüblichen Miete gegeben, wenn zur Begründung des Antrags lediglich hervorgehoben wird, daß die Wohnung im Jahre 1914 wegen der Ungunst des Wohnungsmarktes ungewöhnlich billig vermietet gewesen sei. Die Mieteinigungsämter sind in Uebergangszeiten, wie wir sie jetzt durchmachen, besonders stark belastet. Wer in solchen Zeiten das Mieteinigungsamt mutwillig anruft, setzt sich der Gefahr aus, daß ihn erhöhte Gebühren treffen.

—* **Sächsische Landesbühne.** Es ist alles schon dagewesen — und gewiß ist auch in den von Schönthan-Kadelburgschen Lustspielen so manches nicht neu, aber „Der Herr Senator", das am Sonnabend gegeben wurde, bringt tatsächlich etwas Neues: Das Lustspiel will die Ehre der Schwiegermutter retten, indem es uns lebenswahr vor Augen führt, daß die schlimmste Schwiegermutter der Schwiegervater ist. Und welch ein Schwiegervater! Andersen, Senator und Großkaufmann in Hamburg — das will etwas sagen! Sein Schwiegersohn Mittelbach ist zwar zeitig zur Kouponschere gekommen, muß aber auf jeden eigenen Willen im Hause seiner Schwiegereltern verzichten. Willen und Ehre hat wohl ein Hamburger Senator, daß andere Leute auch so etwas besitzen, das muß ihm erst von der Gouvernante, der sein Sohn ein Heiratsversprechen gegeben und die er mit Geld abzufinden versucht, beigebracht werden. „Der Herr Senator" enthält eine reiche, herzerquickende und feine Lebensbeobachtung und Menschenkenntnis. Den Senator gab Otto Ottbert mit viel Gestaltungsgabe, die besonders trefflich zur Geltung kam, als im letzten Aufzuge das Eis schmolz und der Gestrenge in Sophie Petzold (Renata Zechel), der Gouvernante, doch eine achtungswerte Schwiegertochter erkennen mußte. Mittelbach, den vielgeprüften, wußte Carl Winter mit großer Hingabe und gewinnendem Temperamente zu geben und erntete viel verdiente Anerkennung. Agathe, die kühle Senatorstochter, spielte Franziska Reni-Hilpert mit immer souveräner Beherrschung ihrer wechselnden Einstellung als Tochter und Gattin. Dr. Gering, der den zeremoniellen Bann des Patrizierhauses in zähem Kampfe sprengte, fand in Franz Braun einen wackeren, impulsiven Darsteller, dem die Besucher des Abends mit freudigem Beifall folgten. Auch die übrigen Kräfte der Bühne wußten das Ganze zu einem vollen Erfolge zu runden. — Am Sonntag ging der dreiaktige Schwank „Der keusche Lebemann" von Franz Arnold und Ernst Bach über die Bretter. Wenn ein Stück lediglich dazu geschrieben wurde, Menschen zu erheitern und Grillen zu verscheuchen, muß der „Sinn" natürlich zurücktreten, ja er darf in Unsinn umschlagen. Der Widerspruch, den der Titel in sich trägt, erklärt sich daher, daß Fabrikant Seibold seine Fabrik und seine Tochter in die Hände seines langjährigen, grundsoliden, aber gesellschaftlich unbeholfenen Buchhalters Stieglitz geben will, damit aber bei Frau und Tochter auf Widerstand stößt. Gerty, die moderne Tochter, kann nur Achtung vor einem Manne haben, der „eine Vergangenheit" hat. Der nie verlegene Seibold verschafft ihm die dadurch, daß er unter das Bild der Kinodiva Ria Ray eine fingierte Widmung setzt. Die kinokranke Tochter und Mutter sind entzückt, und die Verlobung geht vor sich. Durch ziemlich kinoartige Verwicklungen erscheint aber eines Tages die Diva selbst mit ihrem Bräutigam im Seiboldschen Hause. Ueber Aufregung und Tränen hinweg kommt es schließlich zu einer Beichte Seibolds und Stieglitzens. Schluß: eitel Friede und Freude. Otto Ottbert gab den alten Seibold in unbezahlbarem Humor, und Max Jähnig war als Stieglitz nicht nur geschäftlich, sondern auch darstellerisch der durchaus ebenbürtige Kompagnon. Kein Wunder, daß dies Duett den oft erschütternden Beifall des Publikums durch das ganze Stück trug. Elisabeth Scholz als Mutter und Annie v. Gundlach als Gerty waren mit auf der Höhe. Gespielt wurde sehr flott — alle Achtung vor der Spielleitung.

L.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1812 Mark.

—* **Sächsische Landesbühne.** Am Dienstag, den 3. Oktober, letzte Vorstellung: „Der eingebildete Kranke", Lustspiel in 3 Akten von Jean Bapt. Molière, in der deutschen Uebersetzung von Ludwig Fulda. Die Landesbühne will ihren Freunden noch einen lustigen Abschiedsabend bereiten.

—* **Zum Fernsprechverkehr mit Prag** (Ort) sind sämtliche Orte Sachsens zugelassen worden. Die Fernsprechanstalt in Prag wird aber alle Verbindungen trennen, bei denen nicht in den ersten zwei Minuten ausreichende Verständigung erreicht wird.

—SEK. **Neueste Elternratswahl-Ergebnisse.** Hohenstein-Ernstthal (Altstadt) 6 Sitze der christlichen Liste, 2 Sitze der Anhänger der weltlichen Schule. Hohenstein-Ernstthal (Neustadt) 4:4. Waldenburg 9 christliche, 0 weltliche. Meißen (Weinberg-schule) 5:4. (Triebischthalschule) 5:6. Neustadt in Sachsen 6:2. Penig 5:2. Lengefeld 5:2. Plauen i. V. 111:51. An einer Chemnitzer Volksschule, wo die Gegner der christlichen Schule das Wahlergebnis angefochten hatten, errangen die Christlichen bei der Nachwahl sämtliche Sitze.

—* **Gewerbeschulen und religiöse Feiern.** Das Wirtschaftsministerium erläßt eine Verordnung, wonach die allgemeinen Veranstaltungen der ihm unterstellten Lehranstalten (Handels-, Gewerbe- und Fachschulen) keinen kirchlichen oder religiösen Charakter tragen dürfen. Sie sind vielmehr so auszugestalten, daß es jedem Lehrer und jedem Schüler möglich ist, ohne Gewissensbedenken daran teilzunehmen. Als allgemeine Veranstaltungen gelten besonders solche bei Aufnahme und Entlassung von Schülern, Einweisung und Verabschiedung von Lehrkräften usw. Im übrigen vertritt das Wirtschaftsministerium den Standpunkt, daß Religion und religiöse Uebungen in dem Lehrplan der ihm unterstellten Schulen überhaupt keinen Raum haben. Religionsunterricht besteht deshalb nur noch insoweit, als der Schüler solche gewerbliche Schulen während der Zeit besucht, in der er sonst sein letztes Volksschuljahr abzulegen haben würde. Doch ist es auch dabei dem Schüler, genau so wie in jeder Volksschule, völlig freigestellt, ob er am Religionsunterricht teilnehmen will oder nicht.

—* **Der Ankauf von Gold** für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 2. bis 8. Oktober d. J. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von M. 5000.— für ein Zwanzigmarkstück, M. 2500.— für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der **Ankauf von Reichssilbermünzen** durch die Reichsbank und Post findet unverändert zum 100fachen Betrage des Nennwertes statt.

—* **Schlafwagenverkehr.** Bei der Reichsbahn werden mit Gültigkeit vom 20. Oktober d. J. folgende Bettkartenpreise an Stelle der bestehenden Sätze eingeführt: 1. Klasse 1200 Mark, Vormerkgebühr 120 Mark; 2. Klasse 600 Mark, Vormerkgebühr 60 Mark; 3. Klasse 360 Mark, Vormerkgebühr 36 Mark.

—* **Protest des Sächsischen Gemeindetages.** Trotz den wiederholten dringenden Vorstellungen des Sächsischen Gemeindetages wie auch des Deutschen Städtetages ist von dem Reichsfinanzminister die Uebernahme der Verwaltung der Umsatz- und Grunderwerbssteuer in Sachsen — mit Ausnahme einiger weniger Städte — endgültig für den 1. Oktober d. J. angeordnet worden. Diese Anordnung hat in den sächsischen Gemeinden eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Der Sächsische Gemeindetag hat, als Vertretung der Gesamtheit der sächsischen Gemeinden, nochmals in einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium alle die Gründe zusammengefaßt, die gegen die Uebertragung der Verwaltung, vor allem der Umsatzsteuer, auf die Reichsfinanzbehörden sprechen. Er hat gebeten, die Anordnung sofort wieder aufzuheben und auch den Gemeinden, denen die Verwaltung schon früher entzogen worden ist, diese Verwaltung wieder zu übertragen, weiter auch die Verordnung vom 19. Juli d. J. wieder aufzuheben und dadurch den Gemeinden auch weiterhin zu gestatten, die Anteile von 5 Prozent von den auf die Umsatzsteuer geleisteten Vorauszahlungen zu kürzen, bez. ihnen, wenn es trotz dieses nochmaligen nachdrücklichen Protestes bei der Uebernahme der Verwaltung am 1. Oktober verbleiben sollte, laufende monatliche Vorschüsse auf die ihnen zustehenden Umsatzsteueranteile zu gewähren.

—* **Schulgelderhöhungen an Fach- und Gewerbeschulen.** Die zunehmende Geldentwertung läßt eine Erhöhung der Schulgelder auch an den Fach- und Gewerbeschulen, die dem Wirtschaftsministerium unterstehen, geboten erscheinen. Diesem Umstande trägt eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums an die Schulvorstände derjenigen Fach- und Gewerbeschulen, die staatliche Unterstützung erhalten, Rechnung. Das Wirtschaftsministerium will für die Lehrlingsklassen einen einheitlichen Maßstab für die Erhöhung nicht aufstellen. Dagegen hält es für notwendig, daß alle das gewöhnliche Maß der Schule (6—8 Stunden wöchentlich) übersteigenden Leistungen auch durch einen dem gesunkenen Geldwert entsprechenden Betrag bezahlt werden. Als Maßstab soll die Summe von 2400 M. für das Jahr gelten. Das ist derselbe Betrag, den auch das Kultusministerium für seine höheren Schulen festgesetzt hat. Die Erhöhung hat vom 1. Oktober d. J. ab zu erfolgen.

—* **Prägungen von Dreimarkstücken.** Gemäß den Beschlüssen des Reichsrats vom 27. Juli dieses Jahres sind die Prägungen zunächst von Dreimarkstücken in vollem Gange. Da sämtliche Münzstätten vorwiegend mit der Ausprägung dieser Münzgattung beschäftigt sind, werden große Mengen alsbald dem Verkehr zugeleitet werden können. Auch die Herstellung von Münzen über höhere Nennwerte steht bevor. Mit Rücksicht auf die Preissteigerung des Materials, die Erhöhung der Arbeitslöhne, sowie mit Rücksicht darauf, daß der Verkehr diese Münzen angesichts der gesunkenen Kaufkraft nicht mehr in dem Umfange wie bisher benötigt, ist die Einstellung der Ausprägung von Münzen mit geringerem Nennwert seit langem beschlossene Sache.

—* **Beschäftigung ausländischer Landarbeiter.** Mit dem 15. 12. 1922 läuft die Frist für die diesjährige Beschäftigung ausländischer Landarbeiter ab. Wer solche Arbeiter für das Jahr 1923 weiter oder neu beschäftigen will, muß bis spätestens den 10. Dezember 1922 im Besitze der Genehmigung des Landesamts für Arbeitsvermittelung sein. Genehmigungsanträge der landwirtschaftlichen Arbeitgeber sind daher bis spätestens zum 10. Oktober 1922 im Rathaus, hier, zur Vorprüfung durch den landwirtschaftlichen Fachausschuß einzureichen. Formulare hierzu werden daselbst kostenlos abgegeben.

—* **Der sächsische Zentrumsabgeordnete Heßlein**, der am 1. Oktober Bürgermeister der katholischen Stadt Schirgiswalde geworden ist, teilte bei seiner Antrittsrede am Sonntag mit, daß er sich zunächst vom politischen Leben zurückziehen werde und darum der sächsischen Zentrumspartei mitgeteilt habe, daß er von einer Kandidatur bei den kommenden Landtagswahlen absehen müsse. Er behalte sich aber vor, später ins politische Leben zurückzukehren. Amtshauptmann Dr. Jungmann-Bautzen, der Heßlein bereits bei seiner Einweisung nahegelegt hatte, seine schriftstellerische Tätigkeit einzuschränken bezw. aufzugeben, erklärte daraufhin mit Genugtuung, daß dieses persönliche Opfer Heßleins einen guten Eindruck auf die Aufsichtsbehörde mache und ihr den Beweis gebe, daß Heßlein sein neues Amt mit großem Ernst anfasse.

—* **Vierter sächsischer Katholikentag.** In Chemnitz fand am Sonnabend und Sonntag unter lebhafter Beteiligung aus allen Kreisen Sachsens und unter Teilnahme des Bischofs von Sachsen und der Prinzessin Mathilde der Vierte sächsische Katholikentag statt. Nachdem am Sonnabend nachmittag eine Frauentagung und eine geschlossene Mitgliederversammlung stattgefunden hatte, fand am Sonntag nachmittag die Hauptversammlung statt, in der der frühere Reichsminister Dr. Bell über „Die vaterländischen Ziele und Aufgaben der deutschen Katholiken" und Universitätsprofessor Dr. Donders aus Münster über die Frage „Warum bedarf die moderne Welt der Kirche?" sprach. Bischof Dr. Schreiber wandte sich sodann in scharfer Weise gegen die religionsfeindlichen Verfügungen des sächsischen Kultusministeriums, die zur Demokratie und zur Reichsverfassung in scharfem Widerspruch ständen. Die Versammlung fand mit dem bischöflichen Segen ihr Ende. Es wurde u. a. eine Resolution angenommen, die energischen Protest gegen die religionsfeindlichen Verfügungen des Kultusministeriums einlegt. Die Katholiken Sachsens wollen alle gesetzlichen Mittel anwenden, um die Aufhebung dieser Verfügung zu erreichen.

—* **Fleißner verteidigt seine Verordnungen.** In einem 3½ Spalten langen Artikel über Schule und Kirche macht Sachsens Kultusminister Fleißner in der „Sächsischen Staatszeitung" in Wahlen. Mit einem Aufwand von vielen Worten sucht er seine religionsfeindliche Haltung, und insbesondere die beiden letzten Verfügungen zu verteidigen. In dem Artikel behauptet er u. a., daß die Protest- und Resolutions-Aktionen offenbar von den der Kirche nahestehenden Zentralstellen aus „gemacht" würden. Die angeblich große Erregung weiter Kreise sei mehr oder weniger vorgetäuscht. Es sei alles in allem nur Stimmungsmache für die bevorstehenden Landtagswahlen. Weiterhin spricht er davon, daß die letzten Verordnungen bereits im April dieses Jahres durch die sozialistische Mehrheit bestimmt worden seien. Der Lärm gegen die Verordnungen komme also von Personen und Gruppen her, die kirchliche Interessen über die der Schule stellen, und die sich in die neuen veränderten Verhältnisse nicht hineinfinden wollen.

—* **Der erste evangelische Landesbischof Sachsens** D. Ludwig Ihmels hielt gestern in der ehemaligen evangelischen Hofkirche in Dresden seine Antrittspredigt. Die Predigt war ganz unter den Gedanken der Hingabe an Jesus gestellt. Der Landesbischof schilderte darin, wie den „L. N. N." aus Dresden berichtet wird, seinen Lebensweg von seiner ersten Pfarrstelle auf einer baltischen Insel über seine Universitätslehrstellen bis zu seiner Berufung zum Landesbischof der sächsischen evangelisch-lutherischen Kirche. In Anbetracht der ernsten Lage des deutschen Volkes und der evangelischen Kirche müsse man Wehe rufen über die Menschen, die nichts gelernt und nichts vergessen hätten. Die großangelegte und in ihrer Schlichtheit ergreifend wirkende Rede war von paulinischem Geiste erfüllt. „Ich weiß nichts anders als Jesum Christum", wie das Motto des ersten Teils. „Ich darf nichts anderes lehren als Jesus Christus", das des zweiten Teils der Predigt, die schließlich ausklang in dem glaubensfreudigen Bekenntnis: „Ich brauche nichts anderes als Jesum Christum". Unter dem Kreuz zum Glauben gekommene Christen seien die einzige Grundlage der Kirche. Darum würden die Gegner bei uns zwar nicht ihren Mann, aber unseren Gott finden, und er fordere die Mitprediger auf, unter dem Kreuz der heiligen Waffenbrüderschaft sich zusammenzuschließen. Nach der Predigt fand im Landeskonsistorium noch eine Begrüßung durch die Landessynode und die Ephoren statt, bei der u. a. auch der Dekan der theologischen Fakultät der Universität Leipzig Prof. D. Haas sprach.

—* **Ruhestandsbezüge.** Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Dienstbezüge der aktiven sächsischen Beamten infolge der weiteren Erhöhung des allgemeinen Ausgleichszuschlags auf 677 v. H. und des besonderen Ausgleichszuschlags von 5500 auf 10 000 Mark werden auch die Versorgungsgebührnisse (und zwar der Versorgungszuschlag und der Ausgleichszuschlag zur Kinderbeihilfe) der im Ruhe-

SLUB Wir führen Wissen.

stande befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Geistlichen (diese, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrer rückwirkend ab 1. September 1922 anderweit erhöht. Wegen der Kürze der Zeit ist es nicht möglich, die neue Höhe der Versorgungsgebührnisse und die Ausgleichung für den Monat September bereits bei der Zahlung der Gebührnisse für Oktober zu berücksichtigen. Den Ruhegeldempfängern werden deshalb am 1. Oktober, wie schon früher mitgeteilt, die Versorgungsgebührnisse nur unter Berücksichtigung des Ausgleichszuschlags für die aktiven Beamten von 487 v. H. mit dem entsprechenden Nachzahlungsbetrag für September überwiesen werden. Der sich aus der neuesten Erhöhung der Versorgungsgebührnisse ergebende Mehrbetrag für die Monate September und Oktober wird den Ruhegeldempfängern, die rechtzeitige Beendigung der Neuberechnungsarbeiten vorausgesetzt, gegen Mitte Oktober besonders überwiesen. Aenderungen in den Einkommensbezügen der versorgungsberechtigten, über 14 Jahre alten Kinder, die Beendigung der Berufsausbildung derartiger Kinder usw. müssen von den Ruhegeldempfängern den zuständigen Stellen stets mitgeteilt werden. Werden Kinderbeihilfen deshalb, weil solche Mitteilungen unterblieben sind, zuviel gezahlt, so müssen die überhobenen Beträge der Staatskasse erstattet werden. Gegebenenfalls werden sie von künftigen Versorgungsgebührnissen gekürzt.

Mittelbach. Beim Spielen auf der Straße wurde am Donnerstag abend der zehnjährige Sohn des Strumpfwirkers Paul Köber von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Zwickau. In der Nacht zum Sonnabend unternahmen mehrere jüngere Leute aus Zwickau eine Autofahrt nach Glauchau. In der Nähe Glauchaus geriet der Wagen auf schlüpfriger Straße ins Rutschen und fuhr in den Straßengraben. Das Auto überschlug sich und wurde stark beschädigt. Der Führer Fischer aus Zwickau und ein Dresdner Herr waren sofort tot. Ein dritter Insasse wurde schwer verletzt.

Rüsdorf. Mit einem Ochsengespann des hiesigen Rittergutes ist ein erst vor 10 Tagen eingestellter Knecht flüchtig geworden.

Reichenbach i. Vogtl. Die Arbeitslosigkeit steigt in hiesiger Stadt, wie in der Stadtverordnetensitzung bekanntgegeben wurde, in ganz beängstigender Weise. Seitens der Stadt sind bereits umfassende Maßnahmen getroffen, um bei noch stärker werdender Arbeitslosigkeit mit Notstandsarbeiten beginnen zu können.

Parteitag der sächsischen Demokraten.

In Freiberg fand der Landesparteitag der Deutsch-Demokratischen Partei Sachsens statt. Oberbürgermeister Dr. Külz betonte, daß die sozialdemokratische Alleinherrschaft in Sachsen nun endlich ein Ende gefunden habe. Die Beseitigung dieser Alleinherrschaft sei mit ein Verdienst der Deutsch-Demokratischen Partei. Zwei Erwerbsschichten des deutschen Volkes leiden gegenwärtig übergroße Not. Das sind die Kleinrentner und die deutsche Presse. Die Stellungnahme zur Not der Presse kam in einer Entschließung zum Ausdruck. Den Geschäftsbericht erstattete Generalsekretär Dr. Brüß-Dresden. Die Sozialdemokratie in Sachsen habe viel getan, was den Staatsbürgern das Einleben in die neue, republikanische Staatsform nicht immer leicht mache. Man diene der Republik schlecht, wenn einseitige Politik getrieben werde, wie es zum Beispiel in der sächsischen Beamtenpolitik und in dem letzten Schulerlaß des Kultusministers Fleißner geschehen sei. Der Rathenau-Mord mit allen seinen verhängnisvollen Begleiterscheinungen bleibe an den rechtsradikalen Kreisen hängen. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde Dr. Külz durch Zuruf einstimmig zum Vorsitzenden des Landesverbandes wiedergewählt. Dasselbe geschah mit Geh. Rat Dr. Dehne, Staatsminister a. D. Günther und Frau v. Korber als stellvertretende Vorsitzende. In der am Sonnabend abend stattgefundenen öffentlichen Versammlung sprach Dr. Külz über „Deutsche Fragen" in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht unter Berücksichtigung der Innen- und Außenpolitik. Eine so jämmerliche Revolution wie die von 1918 hat es niemals gegeben. Jede große Idee hat dieser Revolution gefehlt. In der Gegenwart steht der Sozialismus in größter Macht und zu gleicher Zeit aber auch der Kapitalismus in seinen schlimmsten Entartungen in höchster Blüte. In diesem Kampfe will die Demokratie eine versöhnende Kraft sein. Um der nationalen Selbsterhaltung willen, zur Sicherung von Staat und Wirtschaft, ist unbedingt nötig eine Zusammenfassung der Parteien zu einem Verfassungsblock. Von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie muß eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft gegründet werden. Nicht eine Führung von rechts, sondern nur der nationale Geist und der demokratische Einheitsgedanke kann unser Volk aus der Not von heute erretten.

Der Sonntag-Vormittag stand unter dem Zeichen weiterer Vorträge. Der Vorsitzende der Deutsch-demokratischen Landtagsfraktion, Kultusminister a. D. Dr. Seyfert, sprach über „Die politische Lage in Sachsen". Dr. Seyfert führte u. a. aus: Noch niemals waren die Schwierigkeiten einer Wahl so groß wie heute, aber auch zu keiner Zeit war eine Wahl so bedeutungsvoll wie gegenwärtig. Wir sind bis heute an die Grenze des Erträglichen gegangen, um die unerträglichen Zustände im Landesparlament durch eine Regierungsneubildung abzuändern. Die Sozialdemokratie hat sich von den Kommunisten bis zur Würdelosigkeit anpöbeln lassen, nur um Regierungspartei zu bleiben. Um der Kommunisten willen wurden Gesetzesvorlagen radikalster Art und Richtung durchgedrückt. Viel zu viel Unheil wurde auf diese Weise über Sachsen gebracht. Um Besserung dieser Uebelstände herbeizuführen, darf unser Volk am 5. November nicht bürgerlich, sondern es muß deutsch-demokratisch wählen. Denn auch nach rechts gilt es scharf zu kämpfen. Es ist verderblich, wenn das Sachsenland deutschnational wählen würde, denn die Deutschnationalen wollen das Alte mit allen seinen Nachteilen wieder aufleben lassen. Die Deutsche Volkspartei hat dem Volke den demokratischen Gedanken verleidet. Aus ihren Kreisen heraus ist der schärfste Kampf gegen die demokratische Erfüllungspolitik geführt worden. Der richtige und rechte Boden für den inneren Frieden ist nur die Demokratie. Das ganze Volk ist berechtigt, teilzunehmen an der Regierung. Es ist aber auch verpflichtet, hierfür Opfer zu bringen.

Frau Reichstagsabgeordnete Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, die über „Die Lage im Reiche" sprach, kennzeichnete in ihren Ausführungen die überaus schwierige und kritische Weltlage von heute im Orient und die hieraus für Europa und insbesondere für Deutschland vielleicht sich ergebenden ungeheuren Tragweiten. Nationalistische Unbesonnenheiten unsrerseits könnten in diesen Tagen für Deutschland die schlimmsten Rückwirkungen haben.

Mit einer Entschließung, nach welcher der Landesparteitag der Reichs- und Landtagsfraktion seinen Dank ausspricht, fand der öffentliche Parteitag seinen Abschluß. — Es folgten noch interne Beratungen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Drei Jahre Technische Nothilfe. Die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre haben es notwendig gemacht, eine Organisation zu schaffen, die die lebenswichtigen Betriebe bei Streiks so weit aufrecht erhält, wie für die Allgemeinheit unbedingt erforderlich ist. Diesem Zwecke dient seit nunmehr drei Jahren mit wachsendem Erfolg die technische Nothilfe, deren Organisation heute das ganze Reich umfaßt und die ihre zahllosen freiwilligen Hilfskräfte in mehr als 1500 Ortsgruppen vereinigt hat. Sie ist für alle Kulturstaaten vorbildlich geworden, sogar Frankreich hat sich neuerdings eine Organisation geschaffen, deren Grundsätze fast wörtlich mit den deutschen übereinstimmen. Im letzten Jahre ist sie besonders oft in landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt worden und hat insgesamt an Nahrungs- und Futtermitteln dem deutschen Volke einen Wert von 18 Milliarden Mark gerettet.

Der Bund der Kinderreichen beim Vizekanzler Bauer. Der Vizekanzler Bauer hat letzthin die in der Protestversammlung im Zirkus Busch gewählte Abordnung des Bundes der Kinderreichen aus allen Gauen Deutschlands in Anwesenheit von Vertretern der Ministerien empfangen. Nachdem ein Vertreter des Bundes die furchtbare Not der kinderreichen Familien geschildert und die von vielen Tausenden von Kinderreichen im Zirkus Busch einstimmig angenommene Entschließung verlesen hatte, sowie den dringendsten Forderungen zur sofortigen Linderung der Not der Kinderreichen, besonders auf restlose Erfüllung der §§ 119 und 155 der R. V., Ausdruck gegeben hatte, betonte der Vizekanzler, daß es der Regierung nicht möglich sei, so zu helfen, wie sie gerne möchte. Zweckmäßig sei es vielleicht, mit den Parteien Fühlung zu nehmen und an den Reichstag heranzutreten. Die Ministerien würden gerne mit der Organisation der kinderreichen Familien, die sich zur Erreichung ihrer Ziele zusammenschließen sollten, zusammenarbeiten.

Republik Oesterreich.

Die Einigung in der Metallindustrie. Die Betriebsratsobmänner der Metallindustrie haben die Vereinbarungen der Vertreter der Metallarbeiter mit dem Industriellen-Verband über die Erhöhung der gleitenden Teuerungszulagen und der starren Zulage angenommen.

Schweden.

Herabsetzung der Tarife für Post und Telephon. Gestern trat eine Herabsetzung der Tarife für Post und Telephon in Kraft. Die Tarifermäßigung beträgt 20 bis 25 Prozent.

Frankreich.

Die Führer der streikenden Seeleute haben der Regierung neue Vorschläge unterbreitet und die Einsetzung eines paritätischen Ausschusses vorgeschlagen, jedoch darin eingewilligt, daß die Schiffe inzwischen mit der alten Bemannung und unter den bisherigen Bedingungen ihre Fahrten aufnehmen.

Mexiko.

Aufstand der Garnison von Juarez. Nach einem Telegramm der Associated Preß aus El Paso hat die Garnison von Juarez in Mexiko unter Führung des Hauptmanns Beverde am 29. September gemeutert, die im Gefängnis der Stadt untergebrachten Gefangenen befreit, ihre eigenen Offiziere verhaftet und die Polizei entwaffnet. Das Telegramm berichtet auch von Plünderungen. Nach einer späteren Nachricht sollen Truppen auf die Rebellen geschossen haben. 12 Personen seien getötet oder verwundet worden. In Mexiko betrachte man den Aufstand der Garnison von Juarez als einen rein örtlichen Zwischenfall, jedoch seien von Chihuahua Truppenverstärkungen abgeschickt worden.

Polen.

Tschitscherin in Warschau. Tschitscherin besuchte am Sonnabend den Präsidenten des Sejm und hatte mit ihm eine halbstündige Unterredung. Das Gespräch betraf die nachbarlichen Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland. — Staatschef Pilsudski empfing im Beisein des Ministers des Aeußern Narutowicz den russischen Minister des Aeußern Tschitscherin.

Aus den Erinnerungen Wilhelms II.

Wir haben in der Nr. 228 unseres Blattes den ersten Abschnitt des Bismarck-Kapitels der Erinnerungen Wilhelms II. abgedruckt, der von den letzten Jahren vor der Thronbesteigung handelt. Der zweite Abschnitt dieses Kapitels beginnt mit der Zeit nach der Thronbesteigung und behandelt zunächst den Personenwechsel, den der Kaiser bei Antritt seiner Regierung eintreten ließ. Als Ratgeber bei der Auswahl der Umgebung habe er nur einen gefragt, auf den er besonderes Vertrauen setzte, auf seinen früheren Vorgesetzten General von Versen. Er rühmt den zu seinem ersten Generaladjutanten gewählten General v. Wittich und seinen ersten Chef des Militärkabinetts General v. Hahnke sowie den von ihm als Chef des Hofes gewählten Grafen August Eulenburg, dessen ungewöhnliche Begabung ihm gestattet hätte, auch den Reichskanzlerposten zu versehen. Als Chef des Zivilkabinetts wurde nach Rücksprache mit dem Fürsten Bismarck v. Lucanus aus dem Kultusministerium gewählt, von dem er sagt, daß er sein Amt glänzend geführt hatte.

Mit dem Fürsten **Bismarck** habe er aus der Zeit seines Kommandos im Auswärtigen Amte her sehr gut und vertrauensvoll gestanden. Fürst Bismarck habe auch die Sommerreise nach Petersburg als erste politische Aktion vor der Welt veranlaßt. Dabei habe sich eine Schwierigkeit durch einen Brief der Königin Viktoria von England ergeben, die in großmütterlichem, aber zugleich autoritärem Ton von ihrem ältesten Enkel verlangt habe, daß ihr, als der Großmutter und England als dem Vaterlande der Mutter Wilhelms II., der erste Besuch gelten müsse, ehe andere Länder berücksichtigt würden. Als Wilhelm dieses Schreiben Bismarck vorlegte, habe dieser einen heftigen Zornesanfall bekommen und von der **Onkelei in England** und von dem Dreinreden von dort gesprochen, die aufhören müßten. Der Kaiser betonte demgegenüber die Stellung und Verpflichtung des deutschen Kaisers, der einen die vitalsten Interessen Deutschlands betreffenden Befehl seines sterbenden Großvaters unbedingt auszuführen habe. Die Königin Viktoria gab schließlich ihrem Enkel recht; er müsse tun, was im Interesse seines Landes sei. Sie werde sich freuen, ihn später auch bei sich zu sehen. Von dem Tage an, erklärte der Kaiser, ist mein Verhältnis zu der selbst von ihren eigenen Kindern gefürchteten Königin das denkbar beste gewesen. Sie hat ihren Enkel nur noch wie einen Gleichgestellten behandelt. Bei den Antrittsreisen wurde Wilhelm II. von Graf Herbert Bismarck als Vertreter des Auswärtigen Amtes begleitet. Der Fürst und Graf Herbert seien der Türkei nicht hold gewesen und hätten seiner, Wilhelm II., Türkenpolitik nicht beigepflichtet. Dann ergehen sich die Memoiren über die Beziehungen zu den politischen Parteien. Wilhelm II. zitiert u. a. folgende Bemerkung von Benigsen: „Wehe den norddeutschen Liberalen, falls sie unter die Führung der süddeutschen Demokraten kommen sollten. Dann ist es mit dem wirklichen echten Liberalismus zu Ende. Dann kriegen wir die verkappte Demokratie von da unten. Die können wir hier nicht brauchen." Wilhelm II. berichtet dann, daß er die **Nationalliberalen** immer als Bundesgenossen für die Konservativen bezeichnet habe. Er könne und wolle im Reiche nicht ohne die Nationalliberalen, keinesfalls gegen sie regieren. Aus diesem Grunde habe er z. B. auch den Hofprediger Stöcker aus seinem Amte entfernt, weil er wieder in Süddeutschland eine demagogische Hetzrede gegen die dortigen Liberalen gehalten habe.

Der Kaiser schildert sein Studium beim Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg v. Achenbach, der ihn in die Verwaltungsfragen einweihte. Er sagt von sich, daß er lebhaften Anteil an den praktischen Arbeiten genommen habe. Infolge der äußerst anregenden Lehren Achenbachs habe er sich dann für die innerwirtschaftliche Entwicklung des Landes

---

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König. 56

Der Baron erhob sich nun auch, ein spöttischer Zug spielte um seine Lippen.

„Ich habe keine Veranlassung, diese Gesinnungen zu verheimlichen," erwiderte er, „aber ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß nur der Ehrenpunkt mich dazu leitet. Vergessen Sie ferner nicht, daß ich mich erboten habe, meinem Bruder sofort die Hand zu reichen, wenn er seine Ehre von dem Schandfleck gereinigt hat, dieselbe Bedingung wird auch mein Vater stellen, es ist somit nutzlos, daß Sie ihm schreiben."

Der alte Herr nahm schweigend mit einer förmlichen Verbeugung Abschied und ging hinaus.

„Auch das noch!" murmelte Paul, aus dessen Augen Zornesblitze zuckten. „Was gehen denn diesen Mann unsere Familienangelegenheiten an? Sollte es wirklich nur Mitleid sein, was ihn veranlaßt, für Kurt in die Schranken zu treten? — Bah, ich kann es nicht glauben, von Eigennutz ist kein Mensch frei, auch er wird es nicht sein! Was nun? Seinen Brief an Papa fürchte ich nicht; solange die Schande nicht getilgt ist, darf der verlorene Sohn nicht auf Verzeihung hoffen. Aber wenn dieser Doktor mit Mintrop zusammenträfe, wenn es ihm gelänge, diesen Menschen zum Verrat zu verleiten, dann — Unsinn! Was kann er ihm bieten? Mintrop ist zu verständig, um das Unsichere dem Sicheren vorzuziehen. Der Doktor kennt ihn nicht, er wird ihn auch hier nicht suchen, und trifft er wirklich mit ihm zusammen, so wird Mintrop seine Rolle schon zu spielen wissen."

Er ging in sein Kabinett zurück; die finsteren Schatten wollten von seiner Stirne nicht weichen, sein schuldbeladenes Gewissen zeigte ihm die kommenden Dinge in den schwärzesten Farben.

Er erinnerte sich plötzlich, daß auch Schüller sich in dem Elisastift befand, auch dieser Mann konnte Verrat üben, und wie nahe lag die Möglichkeit, daß der Doktor das erfuhr.

Nur dann, wenn die Zeugen beseitigt waren, durfte Baron Paul mit voller Ruhe in die Zukunft blicken, um jeden Preis mußten sie unschädlich gemacht werden!

Wenn er die Summen gehabt hätte, welche die beiden von ihm forderten, so würde er sie ihnen noch in dieser Stunde gegeben und sie zur sofortigen Abreise veranlaßt haben.

Aber woher das Geld nehmen? Der Rechtsanwalt Friedeberg gab es ihm nicht, sein Vater hatte sich mit einer Entschiedenheit geweigert, die eine nochmalige Bitte nicht zuließ, er mußte sein Glück bei einem Wucherer versuchen, kein anderes Mittel blieb ihm übrig. Mochte er dann später auch aufgefordert werden, über dieses letzte Darlehen Rechenschaft zu geben, was lag daran, wenn nur jenes Geheimnis gewahrt blieb, dessen Enthüllung ihn für immer entehren und den verhaßten Bruder wieder in alle Rechte einsetzen mußte. Waren die Zeugen beseitigt, dann mochte der alte Doktor alle Hebel in Bewegung setzen, erreichen konnte er nichts, Kurt mußte Europa wieder verlassen und nach diesem fehlgeschlagenen Versuch blieb er dann wohl für immer verschollen.

Der Baron hatte nun seinen Entschluß gefaßt, er wollte ihn ohne Verzug ausführen, und er war eben im Begriff, die Handschuh anzuziehen, um auszugehen, als Mintrop angemeldet wurde.

Bogumil Mintrop war ein scharfer Beobachter; die Freundlichkeit, mit der Baron Paul ihn empfing, erschien ihm verdächtig, er vermutete sogleich, daß irgend etwas vorgefallen sein müsse, was zu ernsten Besorgnissen Anlaß gegeben habe.

„Wie stehts aus?" fragte er in seiner burschikosen Weise, nachdem er sich niedergelassen hatte. „Sind die Gelder angekommen?"

„Leider immer noch nicht," antwortete Paul achselzuckend, „Papa verlangt, daß ich nach Lindenwalde komme, meine Angelegenheiten hier will er selbst ordnen. Ich befinde mich da in einiger Verlegenheit, und ich hoffe, Sie werden Rücksicht darauf nehmen und sich gedulden —"

„Gewiß, ich kann warten," unterbrach ihn Mintrop, während er das Medaillon aus der Tasche holte. „Nur darf es nicht zu lange dauern. Ich könnte ja mit Ihnen nach Lindenwalde reisen und das Geld dort in Empfang nehmen, vielleicht wäre das der kürzeste Weg."

„Ich höre aus Ihren Worten wieder die alte Drohung," sagte der Baron unwirsch. „Wozu das? Sie bessern dadurch nichts, und wenn Sie sich wirklich entschließen sollten, Ihre Drohungen auszuführen, so werden Sie selbst keinen Vorteil davon haben. Also lassen wir das, ich bitte dringend darum, wir vermeiden dadurch den gereizten Ton, der uns nur gegenseitig erbittert. Was haben Sie da?"

„Etwas, was Sie interessieren wird," erwiderte Mintrop, der das Medaillon geöffnet hatte und ihm das Porträt hinhielt. „Kennen Sie das Bild?"

„Mein Vater!" rief Paul überrascht. „Wie kommen Sie dazu?"

„Es war Eigentum Ihres Bruders."

„Ich weiß es; haben Sie mit ihm geredet?"

Angstvolle Besorgnis sprach aus den Zügen des Barons. Mintrop lachte.

„Nein," erwiderte er, „wenn ich ihn einmal aufsuche, um mit ihm zu reden, dann kehre ich nicht mehr zu Ihnen zurück. Es kann geschehen, ich weiß es heute noch nicht, einstweilen brauchen Sie sich noch keine Sorge zu machen."

„So ist das Medaillon meinem Bruder gestohlen worden?"

„Kann sein, möglich auch, daß er es aus Not verkauft hat, wir wollen diese Frage nicht weiter erörtern. Ich habe es jetzt, was zahlen Sie dafür?"

„Was fordern Sie?"

„Fünfhundert Taler, ich glaube, die Diamanten sind allein den Preis wert, außerdem ist es ein Familienerbstück."

„Ich habe augenblicklich nicht so viel," erwiderte Paul achselzuckend, „ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß ich mich in einer beklagenswerten Lage befinde."

„Bah, der zukünftige Majoratsherr von Lindenwalde braucht nur die Hand auszustrecken, so hängt an jedem Finger ein Philister, der ihm einen vollen Geldsack anbietet," spottete Mintrop. „Sollten Sie das noch nicht versucht haben?"

„Nur zu oft, jetzt versiegen die Quellen!"

interessiert, weniger aber für die juristischen Fragen. Die Fragen der Verbesserung der Straßen, Kanäle und Verbindungswege, Hygiene der Wohnungen usw. haben ihn stets angezogen, vor allem die Entwicklung der Kanäle im Osten.

Als er den Thron bestieg, sei die Ausführung seines Programms unmöglich gewesen infolge des fortwährenden Einspruches Bismarcks, der immer in letzter Linie entscheiden wollte. Die Minister hätten völlig unter dem Einfluß Bismarcks gestanden, der nichts von den Plänen des „jungen Herrn" wissen wollte. Bismarck habe mit den Ministern alles tun und lassen können. Wilhelm sei in einer sehr schwierigen Lage gewesen. Auf jeden Vorschlag habe man ihm entgegengehalten: „Der Fürst will es nicht." So etwas hätte Wilhelm I. nie gewünscht, es sei gegen jede Tradition. Schließlich sei Wilhelm II. zu der Ueberzeugung gekommen, daß er nicht regieren könne, denn alle betrachteten ihn als Beamten Bismarcks.

Als Beispiel gibt er an, daß in einer Sitzung, in welcher man auf seinen Rat hin einen Paragraphen des Sozialistengesetzes etwas milder abfassen wollte, alle Minister gegen ihn stimmten. Im Frühjahr 1889 sei ein großer Streik der Bergarbeiter in Westfalen ausgebrochen. Nach Beratung mit seinem Regimentsfreund von Disraeli und seinem ehemaligen Lehrer Geheimrat Hinzpeter habe er den Plan gefaßt, den Staatsrat einzuberufen, um eine mögliche Basis für die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finden und somit die Arbeiterfrage aufzuklären und die Prinzipien für eine Gesetzgebung zu schaffen. Aber Minister v. Bötticher habe ihm geantwortet, daß Bismarck sich dem sicherlich widersetzen würde. Er, Wilhelm II., habe die Politik Friedrich des Großen fortsetzen wollen, der ein König der Armen sein wollte. Bismarck sei in der Sitzung des Staatsrats wider Erwarten erschienen, habe alles am Projekt getadelt und dann die Sitzung vor Schluß verlassen. Die taktlose Art und Weise, gegen seine Politik einzuschreiten, habe Wilhelm sehr verletzt. Die Arbeitergesetzgebung, welche ein Stolz für Deutschland sei, sei doch zustandegekommen. Bismarck sei auch gegen den allgemeinen sozialen Kongreß gewesen, welcher durch die Mitwirkung des schweizerischen Gesandten zustandegekommen sei.

Er habe mit Bismarck gesprochen über dessen Vorschlag, **die Sozialisten mit Kanonen und Bajonetten zu bekämpfen.** Er habe ihm auseinandergesetzt, daß nach der langen friedlichen Regierung Wilhelms I. er sein erstes Regierungsjahr nicht mit dem Blut der eigenen Landeskinder besudeln könne. Bismarck habe jedoch auf seinem Plane bestanden und wollte die Verantwortung auf sich nehmen, aber Wilhelm habe es nicht vor Gott verantworten können, um so mehr, als er wußte, daß die Lage der Arbeiter äußerst schlecht war. Der Grund des Bruches zwischen ihm und Bismarck sei in der sozialen Frage zu suchen, d. h. in der Frage der Mitwirkung des Staates an der Lösung der Arbeiterfrage. Bismarck sei nicht einmal ein Feind der Arbeiter gewesen. Fürsorge für die einen, eiserne Faust für die anderen sei seine Politik gewesen. Wilhelm habe aber das Herz der Arbeiter erobern wollen und sei von dem Gefühl der Verantwortung und des Pflichtbewußtseins geleitet worden, daher habe er oft die Sache der Arbeiter zu seiner eigenen gemacht. Wilhelm habe genau gewußt, daß ein vollkommenes Glück auf Erden unmöglich sei, daß viele Arbeiterforderungen unberechtigt seien, daß aber andere gerechtfertigt waren und geprüft werden mußten.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 2. Oktober 1922.

Ein Danziger Staatsangehöriger von den Polen verhaftet.

)(Danzig. Am 18. September wurde der Danziger Staatsangehörige Hauptmann Krause von den Polen in Dirschau aus dem Schlafwagen heraus verhaftet. Krause, der jetzt Kaufmann in Danzig ist, kehrte von einer Geschäftsreise aus Polen nach Danzig zurück. Ueber den Grund seiner Verhaftung wurden keine Angaben gemacht. Jetzt wird bekannt, daß gegen ihn von Polen ein Haftbefehl erlassen worden war, weil er als ehemaliger Geschäftsführer des Danziger Heimatdienstes besonders gelegentlich der Abstimmung in Ostpreußen gegen Polen tätig gewesen war. Vom Danziger Senat sind diplomatische Schritte zur Erwirkung der Aufhebung des Haftbefehls unternommen worden.

Die kommende Zwangswirtschaft.

* Esch. In der gestrigen Sitzung des 14. Verbandstages Katholischer Arbeitervereine und Knappenvereine Westdeutschlands erklärte Reichsminister Giesberts, daß man spätestens ab 1. November mit einer Verdreifachung des Brotpreises rechnen müsse. Die Regierung werde dann wahrscheinlich nicht um die Tatsache herumkönnen, zum gleichen Termin die Zwangswirtschaft für Brot, Fett und Fleisch wieder einzuführen.

Hausbesitzerstreik in Wien.

)(Wien. **Der Zentralverband der Hausbesitzer Wiens und der Alpenländische Haus- und Grundbesitzerbund haben gestern beschlossen, wegen Nichterfüllung der bis 1. Oktober befristeten Forderung nach einem 12,4% Zuschlage zu den Friedensmieten auf Grund der Goldparität (d. h. der 1900fachen Friedensmiete in Papierkronen) am 3. Oktober nachmittags in den Streik zu treten. Die Hausversorger von Wien haben sich diesem Beschlusse angeschlossen. Der Streik soll sich in folgender Weise fühlbar machen: Die Hausbesitzer werden das Wasser von 6 Uhr abends ab, ferner die Beleuchtung der Treppen und Gänge sperren; sie verweigern die Einhebung der Mieten, die Bezahlung der Abgaben und aller Rechnungen für Hausauslagen.**

Die Lage im Osten.

)(Paris. Das „Echo de Paris" berichtet: Franklin Bouillon hat sich entschlossen, nach Paris zurückzukehren. Er hatte die Absicht, sich nach Angora zu begeben und erst nach Europa zurückzukehren, wenn der Friede endgültig gesichert sei. An Ort und Stelle hat er sich vielleicht überzeugt, daß es besser wäre, auch nur den Anschein einer Intervention in Angora zu vermeiden. Das Unglück sei nämlich, daß, wenn man den zuverlässigsten Nachrichten Glauben schenken wolle, die Sowjets weit davon entfernt seien, die gleiche Zurückhaltung zu üben. Die überstürzte Rückkehr des französischen Abgesandten bedeute aber nicht, daß die Ereignisse in letzter Stunde eine ungünstige Wendung genommen hätten. Nach dem Blatte werden auch dann, wenn die Konferenz von Mudania günstig verlaufe, die Sorgen der Alliierten noch nicht zu Ende sein, und zwar hauptsächlich wegen der Meerengenfrage. Das Problem stelle sich so dar: Werden die Türken ermächtigt werden, ohne jede Ueberwachung die Schlüssel zum Durchgang durch die Dardanellen zu übernehmen, die sie 1914 den Deutschen ausgeliefert hätten?

)(London. Generalmajor Maurice drahtet dem „Daily News" aus Konstantinopel, Mustapha Kemal habe versprochen, während der Verhandlungen in Mudania weder Tschanak noch Konstantinopel anzugreifen.

Vermischtes.

Unfall eines D-Zuges. Der D-Zug 95 Berlin—Hamburg wurde Sonnabend in der Nähe von Appelhülsen von der Tür eines vorbeifahrenden Güterzuges, die sich geöffnet hatte, gestreift. Hierbei wurde der erste Personenwagen des D-Zuges beschädigt und gleichzeitig ein Reisender so verletzt, daß er kurz darauf starb.

Bahnhofsbrand. Auf dem Magdeburger Hauptbahnhof brach, wie dem „Lokalanzeiger" ein Augenzeuge berichtet, in dem Stationsgebäude ein Dachstuhlbrand aus, der rasch um sich griff. Nach etwa zweistündiger Arbeit gelang es, des Feuers Herr zu werden.

Flucht des Ingenieurs Franz. Nach dem erst kürzlich erfolgten Verschwinden des „Direktors" Bernotat hat sich in Berlin schon wieder eine aufsehenerregende Flucht eines Untersuchungsgefangenen ereignet. Ingenieur Franz, gegen den ein Verfahren wegen Sittlichkeitsverbrechens schwebt, und der sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befindet, ließ sich Sonnabend auf Grund einer richterlichen Verfügung ausführen. Als Zweck des Spazierganges hatte er die Erledigung dringender geschäftlicher Angelegenheiten angegeben. Die Transporteure kehrten Sonnabend abend mit der dienstlichen Meldung zurück, daß Franz ihnen entflohen sei. Bis Sonntag abend war Franz noch nicht wieder ergriffen worden. Er hat Sonnabend abend im Bureau seines Verteidigers Rechtsanwalt Bahn telephonisch angerufen und ihm mitgeteilt, daß er sich der Verhandlung nicht entziehen, sondern nur einige Tage ungestört an seiner Verteidigungsschrift arbeiten wolle. Er beabsichtige, sich in einigen Tagen dem Generalstaatsanwalt wieder zu stellen. In der Strafsache Franz hat sich schon früher ein merkwürdiger Vorfall abgespielt: es waren seinerzeit die Strafakten gegen Franz spurlos verschwunden und später von ihm selbst dem Gericht wieder zurückgeliefert worden.

Unsere Hausfrauen wünschen

die Bestellung des Riesaer Tageblattes auf Monat Oktober. Sie wissen den Wert dieser täglich erscheinenden Heimatszeitung zu schätzen und sie darf deshalb in keinem Haushalt fehlen. Die Bezugspreiserhöhung ist nur scheinbar. Für den Preis von anderthalb Tafeln Schokolade oder dreiviertel Pfund Margarine kann man sich die Zustellung des Riesaer Tageblattes während des **vollen Monats Oktober** sichern. Neue Bestellungen auf das Riesaer Tageblatt werden jederzeit von allen Zeitungsträgern angenommen.

Massenausbruch aus einem Zuchthaus. In der Nacht zum Sonnabend ist es zwölf Gefangenen dadurch gelungen, aus dem Zuchthaus in Lüneburg auszubrechen, daß ein Fußboden durchgebrochen und so die Flucht durch einen Keller möglich wurde. Der Massenausbruch wurde erst im letzten Augenblick bemerkt, und als die Aufseher die Verfolgung der Flüchtigen aufnehmen konnten, befanden sich diese schon außerhalb der Strafanstalt. Auf der Flucht wurden dann zwei Sträflinge durch Schüsse verwundet. Während fünf andere Gefangene entkamen, konnten fünf wieder eingefangen werden.

Selbst Löwen werden gestohlen. Unbekannte Diebe haben einen der beiden bronzenen Löwen vom Ostportal des Kühnauer Parkes bei Dessau gestohlen. Der Metallwert der Figur, die ein Gewicht von vier Zentnern hat, ist außerordentlich hoch.

Das Haberfeldtreiben lebt wieder auf. Nach zwanzig Jahren hört man zum ersten Male wieder von einem der so streng unterdrückten Volksgerichte der bayerischen Gebirgler, wie sie früher, namentlich in der Gegend von Tegernsee, Miesbach und Rosenheim, nach altem Brauch gegen Personen geübt wurden, deren Vergehen mit der Rechtspflege unvereinbar war. Zwischen einsamen Weilern beim Moorbad Aibling am Fuße des Wendelsteins wurde auf einer Anhöhe das nächtliche Volksgericht der scharf bewaffneten Vermummten gegen einen wucherischen Bauern abgehalten, dem von dem Haberermeister in Kutteldersen sein Sündenregister vorgelesen wurde, unter dem einst üblichen Höllenspektakel mit Lärminstrumenten und Büchsengeknall. Etwa 100 scharfe Schüsse wurden abgegeben. Dann wurden noch zwei Baufirmen und ein Bauer „getrieben", die sich gar zu arg gegen die menschliche Auffassung von Geboten und Sitten vergangen hatten. Die Haberer sind dann, wie sie gekommen waren, spurlos und unbehelligt verschwunden.

Revolveranschlag in einem Hotel. Ein aufregendes Erlebnis hatte am Freitag eine Amerikanerin in einem Hotel im Zentrum Berlins. Ein Ehepaar aus Newyork hatte dort ein Zimmer genommen. Als der Mann ausgegangen war und sich die Frau allein im Zimmer befand, sah sie sich plötzlich einem fremden Manne gegenüber, der eine Pistole zog und einen Schuß abfeuerte. Die Kugel traf die Dame in den linken Oberarm. Durch den Knall und die Hilferufe der Amerikanerin wurde das Hotelpersonal alarmiert. Als der Fremde sah, daß es für ihn keinen Ausweg mehr gab, schoß er sich eine Kugel in die Schläfe. Er brach zusammen und wurde schwer verletzt in einem Krankenwagen nach der Charitee gebracht. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen internationalen Hoteldieb.

Von Hamburg nach Kobe in 41 Tagen. Wie bereits kürzlich der Dampfer „Sophie Rickmers" der Rickmerslinie, der die Fahrt von Hamburg nach Kobe in 41 Tagen zurücklegte, so hat neuerdings ein anderer Dampfer derselben Linie eine außerordentlich schnelle Fahrt aufzuweisen. Es ist der Dampfer „R. C. Rickmers", der am 12. August abends von Hamburg-Cuxhaven abging und den Hafen von Kobe bereits am 25. September früh erreichte. Er hat mithin die Reise von Hamburg nach Kobe in 43 Tagen zurückgelegt, was im Vergleich mit der normalen 55 bis 60 Tage betragenden Dauer der Reise nach Ostasien ebenfalls einen beachtenswerten Rekord darstellt.

Die Verwaltungsreform in Thüringen. Die für das Land Thüringen geschaffene Verwaltungsreform tritt am 1. Oktober in Kraft. Von den 23 bisherigen Kreisen werden zu diesem Zeitpunkt acht aufgelöst, so daß sich auch schon deshalb eine Aenderung in der Besetzung der leitenden Stellen erforderlich machte. Ein Teil der bisherigen Landräte ist in den Wartestand versetzt worden, während ein anderer Teil anderweitig im Staatsdienst beschäftigt wird. Am Freitag erfolgte die Besetzung der neuen Kreisdirektorstellen mit Ausnahme der Kreise Sonneberg und Gotha. Von den übrigen 13 Kreisen sind 3 mit Sozialisten und 5 mit Berufslandräten besetzt worden.

Eine siebenköpfige Einbrecherbande festgenommen. Nach mehrmonatigen Beobachtungen durch die Kriminalpolizei ist es gelungen, eine siebenköpfige Einbrecherbande, die seit mehr als Jahresfrist Einbrüche in Berliner Konfektionshäuser gemacht hatte, wobei ihr Werte von vielen Millionen Mark in die Hände gefallen waren, festzunehmen. Bisher konnten der Bande 15 große Konfektionseinbrüche in allen Stadtteilen Berlins nachgewiesen werden. Alle Verhafteten sind geständig.

Kunst und Wissenschaft.

Die Erstaufführung von Ludwig Fuldas Lustspiel „Des Esels Schatten" im Burgtheater in Wien hat gestern einen durchschlagenden Erfolg gehabt. Das Premierenpublikum brachte dem der Aufführung beiwohnenden Dichter und den Darstellern lebhaften Beifall dar, der sich nach jedem Akt in immer stärkerem Maße kundgab. Nach der Vorstellung fand zu Ehren Ludwig Fuldas und als Nachfeier seines 60. Geburtstages eine Festtafel statt, an der auch der deutsche Geschäftsträger teilnahm.

Sport.

Um die Ligameisterschaft. Riesaer Sportverein (Liga) gegen V. f. B. Chemnitz (Liga) 1:1 (0:0). Bei wunderschönem Herbstwetter gab es gestern auf dem Schwarzen Platz einen wohltuend anständigen Meisterschaftskampf zu sehen. Nach einer torlosen Halbzeit gelang den Riesaern durch einen Fernschuß ihres Mittelstürmers hart unter die Latte ein Erfolg, dem sie in der folgenden Zeit weitere hätten anreihen können, wenn nicht mangelnde Schußfähigkeit im Sturm dies verhindert hätte. Auf der Gegenseite gelang dem V. f. B.-Sturm, der sich übrigens seit seinem letzten Besuch in Riesa wesentlich verbessert hat, der sehr sicher arbeitenden Hintermannschaft des R. S. V. gegenüber kein Erfolg, sodaß er nicht verhindern konnte, daß das Spiel immer und immer wieder sich in die Chemnitzer Hälfte hinüberschob. Durch einen flotten Lauf des Rechtsaußen von V. f. B., den dieser durch einen scharfen, wohlberechneten Schuß dicht neben den Pfosten krönte, wurde der Ausgleich erzielt. Das unentschiedene Ergebnis ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich gestern zwei vorzügliche Hintermannschaften und verhältnismäßig schwache Stürmerreihen begegneten. Der R. S. V.-Sturm schoß zu wenig. Sein Zusammenspiel war im Vergleich zu den letzten Spielen besser geworden. Die Angriffsreihe der Chemnitzer kombinierte zu weitmaschig, bei der erfahrenen Verteidigung und dem aufmerksamen Torwart der Riesaer ein erfolgloses Beginnen. Es wurde zwar mehr geschossen als bei den Nordsachsen, dafür aber reichlich ungenau. Der Schiedsrichter Hartig-T. u. B. Leipzig war einwandfrei. Das Spiel hinterließ im allgemeinen einen recht guten Eindruck.

Das „Chemnitzer Tageblatt" berichtet über das Spiel: Riesa büßte durch ein Unentschieden 1:1 erstmalig auf eigenem Platz einen Punkt ein. V. f. B. war ein ebenbürtiger Gegner. Obwohl die Schnelligkeit des Riesaer Sturms der Chemnitzer Verteidigung schwer zu schaffen machte, stand der Kampf in Halbzeit noch 0:0. In zweiter Hälfte war jede Partei erfolgreich, so daß sich die Gegner 1:1 trennten.

Stand der Ligaspiele Kreis Mittelsachsen.

	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore für	Tore gegen	Punkte für	Punkte gegen
National	4	3	1	—	9	3	8	0
C.B.C.	4	3	—	1	9	3	6	2
Riesaer S.V.	4	2	1	1	3	2	5	3
V.f.B.	5	2	1	2	5	9	5	5
Preußen	5	2	1	2	9	7	4	4
Sturm	5	2	—	3	8	10	4	6
Teutonia	3	1	—	2	6	3	2	4
Hellas	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittweida	4	—	—	4	1	13	0	8

National—Preußen 1:1, National 2 Punkte.

Riesaer Sportverein. Die 2. Mannschaft spielte in Röderau mit der 1. des Sportvereins 0:0, während die 3. Elf in Jahnishausen der 1. des S.-V. Nickritz mit 1:2 die Punkte überlassen mußte. Die 4. Mannschaft gewann gegen V. f. L. Riesa 3. mit 4:1. **Abteilung für Jugendpflege.** A) Jugendmannschaften. Der Jugendmeister gewann in Gröditz mit 3:2 nach kräftigem Endspurt sein Verbandsspiel, nachdem Gröditz bis wenige Minuten vor Schluß mit 2:1 in Führung lag. Die 2. Jugend spielte mit Mühlberg 1. Jugend 1:1 und die 3. Jugend mit „Wacker"-Dahlen 1. Jugend 0:0. B) Knabenmannschaften. Der Knabengaumeister, R. S. V. 1. Kn., siegte mit 3:0 gegen S.-V. Röderau 1. Kn. im Verbandsspiel. Beide Knabenmannschaften erfreuten durch ihre anständige Spielweise. R. S. V. 2. Kn. war gegen die körperlich kräftigere 1. Knabenelf von „Wacker"-Dahlen mit 4:0 erfolgreich. Die Hockeymannschaft konnte nicht spielen, da Hockeyklub 08 Dresden nicht zur Stelle war.

VfL. Nach einem technisch reifen Spiel seitens der VfL.-Mannschaft mußte sich der Geringswalder Fußballklub mit dem Resultat 6:2 (2:1) geschlagen bekennen. Das Spiel war von Anfang bis Ende im flotten Tempo durchgeführt. Vor allen Dingen sei das feine engmaschige Paßspiel der VfL.-Mannschaft erwähnt. Der Tormann der Gäste konnte die selten schönen Torschüsse, die fein sauber durchkombiniert und verwandelt wurden, nicht meistern. VfL. 3. — RSV. 4. 1:4. VfL. Knaben 1. — Gröditz Knaben 1. 2:3.

Volkswirtschaftliches.

Der deutsche Außenhandel im August. Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels wurden im August eingeführt 46,8 Mill. Doppelzentner im Werte von 56,6 Milliarden Mark, aus Deutschland ausgeführt 14,1 Mill. Doppelzentner im Werte von 60,3 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vormonat ist mengenmäßig die Einfuhr um 1,2 Millionen Doppelzentner gesunken, wertmäßig um 10,7 Milliarden Mark gestiegen. Die Ausfuhr ist mengenmäßig um 2,3 Millionen Doppelzentner zurückgegangen, wertmäßig hat sie um 24,6 Milliarden Mark zugenommen. Die Weizeneinfuhr ging von 17 Hunderttausend Doppelzentner im Juli auf 12 Hunderttausend Doppelzentner im August zurück, Mais von 18 auf 7, Roggen von 6 auf 4, Zucker von 5,4 auf 3,6. Starken Rückgang zeigen ferner Kaffee, Tee, Kakao, Schmalz, Margarine und Rohtabak. Von den Rohstoffen erlitten die Mineralöle einen Einfuhrrückgang von 15 auf 7 Hunderttausend Doppelzentner, die Wolle von 168 auf 132 und die Baumwolle von 317 auf 266 Tausend Doppelzentner; Eisen und Kupfer, sowie chemische Rohstoffe zeigen die gleiche Entwicklung. Zugenommen hat dagegen besonders die Einfuhr geringwertiger Waren, wie Bau- und Nutzholz, Steinkohle, Koks usw. Bei der Ausfuhr betrifft der Mengenrückgang hauptsächlich geringwertige Waren, wie Steinkohle, Koks, Kalisalze, Eisenwaren, während höherwertige Waren, von denen Automobile, Maschinen, Papierwaren und Mehl (dieses für das Saargebiet und Polnisch-Oberschlesien) genannt seien, in vermehrtem Maße ausgeführt worden sind. Der wertmäßige Ausfuhrüberschuß ist außerdem noch besonders dadurch hervorgerufen, daß die Entwertung der inländischen Valuta auf der Ausfuhrseite stärker und schneller zum Ausdruck kommt, als auf der Einfuhrseite. Infolgedessen erscheinen in einer Zeit rasch gesunkener Inlandswährung wie im Berichtsmonat die Einfuhr wertmäßig kleiner und die Handelsbilanz aktiver als sie tatsächlich waren. Diese Tatsache, die besonders für die Augustergebnisse infolge des starken Marksturzes von erheblicher Wirkung gewesen ist, darf bei Beurteilung dieser Ergebnisse mit ihrem zahlenmäßigen Ausfuhrüberschuß von 3,8 Milliarden Mark nicht außer Betracht gelassen werden.

Auf dem Großenhainer Wochenmarkte stellten sich am Sonnabend die Preise für das Pfund wie folgt: Aepfel 2—6 M., Hollunderbeeren 4—5 M., Birnen 2—6 M., Bohnen, grüne, 10 M., Butter, Stück 170—175 M., Eier, Stück 16 M.

18 M., Rotbarsch o. K. 50 M., Gurken, grüne, hiesige, Stück 5—10 M., Einlegegurken, Schock 120—220 M., Kartoffeln 3,50—4 M., Blumenkohl, hiesiger, Kopf 5—40 M., Kohlrabi, junger, Kopf 1—3 M., Rotkraut, hiesiges, 7 M., Weißkraut, hiesiges, 4 M., Welschkraut 5 M., Möhren 2,50 M., Nüsse 30 M., Pfirsichen 10 M., Pflaumen 4—6 M., Pilze, gemischt, 15 M., Sandgründchen 15—20 M., Salat, hiesiger, Staude 1—2 M., Sellerie, Kopf 1—5 M., Spinat 6 M., Tomaten 12—15 M., Weintrauben, hiesige, 15—16 M., Zwiebeln 12—14 M., die Reihe 40 M.

Voraussichtliche Kohlenpreiserhöhung um 6 bis 700 Mark. Der Schlichtungsausschuß hat, wie schon kurz gemeldet, nach längeren Verhandlungen über die neuen Bergarbeiterlöhne entschieden, daß die Lohnerhöhung etwa 150 Mark je Mann und Schicht betragen soll, da ein solcher Satz der inzwischen eingetretenen Steigerung der Lebenshaltung entspreche. Darin ist eine Verdoppelung des Hausstand- und Kindergeldes einbegriffen. Die Vertreter des **privaten Bergbaues nahmen den Schiedsspruch nicht an.** Sollte er indessen vom Reichsarbeitsministerium auf Grund der Schlichtungsordnung für verbindlich erklärt werden, so wäre eine weitere Kohlenpreiserhöhung unausbleiblich. Diese würde sich entsprechend des erhöhten Lohnsatzes auf etwa 600—700 Mark je Tonne westfälische Fettförderkohle belaufen. Dazu tritt noch die Kohlensteuer von 40 Prozent. Es würden demnach für die wichtigsten Brennstoffsorten voraussichtlich folgende Preiserhöhungen eintreten: Fettförderkohle um 999 Mark auf 5100 Mark je Tonne, Fettnuß I und III um 1349 Mark auf 6802 Mark, Fettnuß IV um 1304 Mark auf 6645 Mark, Fettnuß I und II Hausbrand um 1491 Mark auf 7586 Mark, Hochofenkoks um 1456 Mark auf 7477 Mark und Brechkoks I und II um 1749 Mark auf 8919 Mark.

Erhöhung der Benzol-Preise. Der Benzol-Verband G. m. b. H. Bochum hat die Kleinverkaufspreise wie folgt festgesetzt: Tetralitbenzol mit Wirkung ab 27. September 130 Mark, Lösungsbenzol II mit Wirkung ab 1. Oktober 120,50 Mark, Schwerbenzol mit Wirkung ab 1. Oktober 67 Mark für ein Kilogramm ab Hauptverkaufsstelle.

Neue Kalipreiserhöhung. Die Sechserkommission des Reichskalirates beschloß in ihrer Sitzung, die Kalipreise mit Wirkung ab 1. Oktober um 5% zu erhöhen. Diese Preiserhöhung dient zum Ausgleich der am 1. Oktober eintretenden Erhöhung der Frachten.

Gemeinschaftliche Tagung des Zentralverbandes für Deutsche Binnenschiffahrt und des Deutschen Wasserwirtschafts- und Wasserkraftverbandes. Im Rahmen der Verkehrs- und Schiffahrtswoche der Mitteldeutschen Ausstellung in Magdeburg hielten die beiden Vereine eine gemeinschaftliche Tagung ab. Stadtbaurat Dr.-Ingenieur Henneking-Magdeburg sprach über die jetzigen und künftigen **Hafenanlagen der Stadt Magdeburg** im Anschluß an den Mittellandkanal, sowie über die Schiffahrtsverhältnisse auf den anschließenden Strecken der Elbe. Obwohl sich die Elbe bei Magdeburg in mehrere Arme teilt, kommt für die Schiffahrt nur die Stromelbe in Frage. Seit 1900 besteht schon die Gewißheit, daß Magdeburg Anschluß an den Mittellandkanal bekommen würde. Jetzt werden im Norden des Industriegeländes neue Anlagen geschaffen. Die eigentliche Verbindung mit dem Mittellandkanal soll möglichst weit nördlich verlegt werden. Die Schiffahrtsverhältnisse auf der Elbe gestalten sich in Magdeburg sehr schwierig, denn der Untergrund ist von Felsen durchsetzt. Um die Verhältnisse zu bessern, sind Projekte zu einem Umgehungskanal entworfen worden. Ein starkes Hindernis für die Schiffahrt bildet auch die Strombrücke. Nach dem Anschluß an den Mittellandkanal werden die Schiffahrtsverhältnisse auf der Elbe hoffentlich ein günstigeres Bild bieten als jetzt.

Kammerlichtspiele
Hauptstraße

Nur noch heute:
„Die Geheimnisse von Berlin“ 1. Teil
sowie „Maske“ 5. Teil.
Ab morgen Dienstag!
Die Geheimnisse von Berlin 2. Teil:
Berlin-N., die dunkle Großstadt.
Sensationelle Erlebnisse durch Schicksalsschläge schwergeprüft. Frauen. — Gefahren der Großstadt. — Folgen des Leichtsinns.
Ferner ein gutes Beiprogramm.
Ia Künstlerkapelle. Ia
Um recht regen Besuch bittet
der Besitzer K. Mareck.

Vereinsnachrichten

Krgrv. „König Albert“. Dienstag 8 Uhr Versamml. Elbt. Kriegsdenkmünzenausg. (Empf. selbst ersch.)
Deutsche demokratische Partei. Dienstag, 3. 10., abends ½8 Uhr Versamml. in „Stadt Dresden“. Wegen Besprechung wichtiger Angelegenheiten ist das Erscheinen aller Mitglieder dring. erforderl.
D. V. P. Mittwoch, 4. 10., 7½ abends wichtige Mitgliederversammlung im „Deutschen Herold“.
Riesaer Sportverein e. V. Dienstag zur Vorstandssitzung Platzausschuß geladen. Freitag 7.30 Uhr Waldlauf ab Schlachthof. 8 Uhr Mitgliederversammlung.
Spielvereinigung. Sitz. u. Vers. wie letzte Woche, Mittwoch und Donnerstag Training.

Stellmacher-Innung

freie Vereinig. selbst. Stellmacher Riesa u. Umg.

Laut Versammlungsbeschluß vom 29. 9. sind die Mitglieder verpflichtet, auf die Listenpreise von 1908 Aufschläge von 2400% zu fordern. Erheblich verteuerte Löhne und Strompreise zwingen uns zu dieser neuerlichen Maßnahme. Wir bitten die werte Kundschaft, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Der Obermeister.

Jagdgenossenschaft Röderau.

Dienstag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr Versammlung im Brauerei-Restaurant. Beschlußfassung wegen Verlängerung der Jagd auf weitere 6 Jahre.

Der Jagdvorstand.

Nachdem alle anderen Mittel versagten, hat Obermeyer's Medizinal- **Herba-Seife** selbst bei chronischen **Flechten** überraschende Erfolge gezeigt. [illegible] Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empf.
Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung dargebrachten Geschenke und Gratulationen danken wir herzlich zugleich im Namen der Eltern.

Riesa, 2. 10. 1922.

Walter Sauer u. Frau Margarethe geb. Arnhold.

Curt Fischer und Frau
Else geb. Heide
geben ihre Vermählung hiermit bekannt.
Zeithain, 2. Oktober 1922.

Für alle Liebe und Ehre, welche meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter bei ihrem so schnellen Hinscheiden erwiesen wurden

danken herzlichst.

Bobersen, 30. Sept. 1922.

In tiefer Trauer **Karl Kümmel und Sohn** zugleich im Namen aller Angehörigen.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute letzter Tag: Der Graf von Monte Christo 4. Teil.
Ab Dienstag bis Donnerstag der große Zirkussensationsfilm
„Die vom Zirkus“
Ein Schauspiel in 6 Akten. In den Hauptrollen **Charles Willy Kayser** und **Anita Berber.**
Außerdem der beste und beliebteste Komiker der Gegenwart **Fatty** in seinem ersten Lustspiel: **„Fatty in der Garage“.**
Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Zach.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Allgem. Ortskrankenkasse Riesa.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. September 1922 hat der Kassenvorstand eine weitere Erhöhung der Grundlöhne beschlossen. Mit Wirkung vom 2. Oktober 1922 ab werden nachstehende 2 Lohnstufen den bisherigen angehängt:

Stufe	Arbeitsverdienst täglich M.	8⅓% Wochenbeitrag zur Krankenversicherung M.	Davon Anteil des Arbeitgebers M.	Davon Anteil des Versicherten M.	Grundlohn M.	Krankengeld 66⅔% pro Tag M.	Sterbegeld M.
21	über 200 bis 230	100.80	33.60	67.20	210	140	6300
22	über 230	115.20	38.40	76.80	240	160	7200

Die Arbeitgeber werden ersucht, die neuen Lohnnachweisungen innerhalb 8 Tagen einzureichen.

Die freiwillig Versicherten sind ab 28. August 1922 ihren Einkommen entsprechend in höhere Lohnstufen versetzt.

Riesa, den 30. Sept. 1922.

Der Kassenvorstand.
Paul Fiedler, Vors.

Achtung! Habe dringenden Bedarf in unsortierten sowie sortierten Lumpen, Knochen u. sämtl. Papier.
Max Adler, Dresden-N., Friedensstr. 14/41.
Für Stückgüter: Dresden-N., f. Waggonldg.: Dresden-Neudorf. Tel. 10763.

Lohnende Reise nach Riesa!!
Von Dienstag, den 3. Oktober, vormittags 8 Uhr an:
Riesenmassenverkauf
von
Emaillewaren
Mehrere Wagenladungen Emaille-Haus- und Küchengeschirr aus den größten und leistungsfähigsten Emaillewerken Deutschlands sollen zu billigsten Preisen verkauft werden.
Alles zum Aussuchen! Billig! Kein Kaufzwang!
!! Niemand versäume die günstige Gelegenheit, seinen Bedarf in Emaillewaren voll und ganz zu decken. !!
Nur im
Saale des Volkshauses in Riesa
— — Goethestraße. — —
Verkauf täglich von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Sonntags kein Verkauf.
Billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer.
Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet!
Emil Keller aus Freiberg i. Sachsen.
NB. Des großen Andranges halber benutze man möglichst die Vormittagsstunden.
Alles zum Aussuchen! Kein Kaufzwang!

Zur jetzigen **Herbstpflanzung** empfehle in erstklassiger Ia Qualität
Obstbäume, Beerenobst, Rosen u. Ziergehölze.
Baum- und Rosenschulen Paul Pinkert
Bauske-Riesa. Fernruf 720.

An Stelle von Linoleum auf alte, ausgelaufene Dielung zu verlegen habe noch
Parkettfußböden
in verschiedenen Stärken und Holzarten abzugeben.
Döbelner Parkettfabrik Julius Größler, Döbeln, Am Bahnhof. Telephon 275.

Goldnes Kettenarmband verloren. Gegen Belohnung abzugeben
Bismarckstr. 19.

Möbl. Zimmer od. Schlafstelle von 2 Herren in Riesa od. Gröba **gesucht.** Off. unt. H A 9601 an Tagebl. Riesa.

Suche f. jungen Kaufmann
möbl. Zimmer
oder bessere Schlafstelle.
Gg. Zeiler, Goethestr. 83, p.

Welche Familie wünscht **von Leipzig nach Riesa zu ziehen?** Offerten, evtl. m. Anzahl d. Zimmer, unt. H B 9603 an Tagebl. Riesa.

Eine Magd
für sofort oder Neujahr **zu mieten gesucht.** Zu erfragen im Tagebl. Riesa.

Hausmädchen
15—16 Jahre, für 15. 10. gesucht. **Rübrich,** Elbterrasse, Hauptstr. 72.

Ordentliches, fleißiges
Hausmädchen
gesucht. **Frau L. Peter,** Georgstr. 2, 2.

Saubere ehrl. Aufwartung
täglich 4 Stunden f. sofort gesucht geg. gute Bezahlg. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Saub. Aufwartung
gesucht. **Bierschenk,** Gröba, Schloßstr. 8.

Schüler als
Laufjunge
gesucht. **Stadtapotheke.**

Stamm echte Plymouth und Kücken verkauft **Zeißler,** Albertstr. 1.

Achtung! Größerer Posten gelbbrauner **Zügelgurt,** beste Qualität, z. verkaufen **Friedrich-August-Str. 12** Erdgeschoß, rechts.

1 neues schw. Kleid, paff. für Konfirmandin, z. verk. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Gebr. Nähmaschine gebr. Damen-Fahrrad
verkaufen
Franz & Emil Müller
Merzdorf und Riesa.

Gebrauchter guterhaltener **Küchenherd** (transportbl.) sowie **50000 Mark** als erste Hypothek sofort gesucht. Angeb. unt. H C 9608 an das Tageblatt Riesa.

Gepolstert. Kinderklappstühlchen, wie neu, zu verk. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Eis. Kinderbett
zu kaufen ges. **Bierschenk,** Gröba, Schloßstraße 8.

Gebr. Ofen
mit Aufsatz zu verkaufen
Großenhainer Str. 10.

Frischgebrannten
Graukalk Zementkalk Weißkalk
empfiehlt
G. Heinig
Langenberg.

„Ich litt seit 3 Jahren an gefährlichem Ausschlag mit furchtbarem **Hautjucken**. Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medizinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., [illegible]-Berg.“ Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend und [illegible]). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Ein Herrenrad
zu verk. Klöherstr. 13, 3. I.

Der Einzelkartoffel-Verkauf ist beendet.
Rittergut Göhlis.

Gummisohlen
und -Absätze empfiehlt
W. Jäger, Bismarckstr. 53.

Weintrauben
jeden Posten kauft
H. Gartenschläger,
Gröba, Schulstr. 11.

Morgen früh
ff. Seefisch.
Ernst Schäfer Nachf.

Morgen frische Seefische
frische grüne Heringe.
Clemens Bürger.

Dienstag früh
frische Seefische.
Carl Ilgner, Gröba,
Otto Ilgner, Röderau.

Sächs. Landesbühne.
Leitung: Maximus Renó.
Hotel Höpfner.
Dienstag, 3. Okt., ½8 Uhr 4. und letzte Vorstellung Reihe B
Der eingebildete Kranke
Lustspiel in 3 Akten von Molière.
Kartenverkauf b. Buchhandlung **Hoffmann,** Hauptstraße 86 u. a. d. Theaterkasse 1 Stunde vor Beginn.

Heute **Montag** abends 8 Uhr **Versammlung des D. G. B. im** Dampfbad

Morgen **Dienstag** abend 8 Uhr **Monatsversammlung** in der Elbterrasse. Um zahlreichen Besuch beider Versammlungen wird gebeten.

Der Vorstand.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Der Bosporus von Kemalisten überschritten.

Die Unterredungen Franklin Bouillons mit Kemal.

Kemalistische Truppen werden auf russischen Schiffen über das Schwarze Meer befördert.

Nach einer Meldung des „Intransigeant" aus Konstantinopel sollen 800 kemalistische Kavalleristen den Bosporus in der Nähe von Beikos überschritten haben. Gleichzeitig heißt es, daß Kemal Pascha das Angebot der Sowjetregierung, seine Truppen auf russischen Schiffen von Asien nach Thrazien zu überführen, angenommen habe. Die Regierung von Moskau habe Kemal Dampfer zur Verfügung gestellt, die von einem russischen Hafen des Schwarzen Meeres auslaufen und einen Hafen, wahrscheinlich Midia, anlaufen sollen. Die Truppen Kemals würden bereits an der Küste des Schwarzen Meeres zusammengezogen. Sie könnten über das Schwarze Meer nach Europa gelangen, ohne mit den britischen Truppen in der neutralen Zone und ohne mit den britischen Schiffen, die die Meerengen bewachen, zusammenzustoßen.

Havas berichtet aus Smyrna, **Franklin Bouillon** habe seine ursprüngliche Absicht, sich mit **Mustapha Kemal Pascha** nach Angora zu begeben, aufgegeben. Er sei nach **Konstantinopel** abgereist. Der französische Delegierte habe **sehr lange Unterredungen mit Kemal** und den in Smyrna anwesenden Ministern gehabt. Er habe ihnen den Standpunkt der Alliierten zur Kenntnis gebracht und deren Gründe erklärt: Die Türken haben die in der Note vom 23. September enthaltenen Vorschläge anzunehmen. Was die militärische Lage anbetreffe, habe Bouillon schon ein erstes Ergebnis erzielt: Den Alliierten liegt ein Vorschlag zu einer **militärischen Konferenz** vor, die am 3. Oktober in **Mudania** stattfinden würde, um die Bedingungen für die **Räumung der neutralen Zone und Thraziens** festzulegen. Dieser Vorschlag sei den interessierten Regierungen zur Annahme übermittelt. Frankreich habe schon zugestimmt. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde England auf dieser Konferenz durch General Harrington vertreten sein, Frankreich durch General Charpy, Italien durch General Omontebelli, die Türkei durch Kismet Pascha. Es sei wahrscheinlich, daß Franklin Bouillon in Konstantinopel mit General Harrington zusammentreffen und ihn über die Absichten Kemals unterrichten werde.

Havas meldet aus **Konstantinopel** vom 1. Oktober, im Verlaufe der Unterredung Franklin Bouillons mit Kemal Pascha sei eine am 3. Oktober in **Mudania** zu haltende **Konferenz** vorgeschlagen worden. Die diplomatische Konferenz müsse die **Friedensklauseln** feststellen, die Konferenz in Mudania aber die **Bedingungen militärischer Art festlegen.** In türkischen Kreisen glaubt man, daß, wenn die Konferenz in Mudania ein Ergebnis zeitige, die Friedenskonferenz selbst gegen den 15. Oktober abgehalten werde.

Havas meldet aus **Rom**, die **Bedingungen**, die zwischen Franklin Bouillon und Kemal Pascha über die **Räumung** festgelegt seien, seien die folgenden:

Thrazien wäre sofort durch die Alliierten zu besetzen, die vorläufig mit Hilfe von etwa 1000 Mann, die in Adrianopel zu stationieren wären, und mit Hilfe von kleineren Abteilungen, die an verschiedenen strategischen Punkten von Gallipoli unterzubringen wären, die Verwaltung zu sichern hätten. Dann würde Thrazien in einem Monat einer Kommission übergeben werden, die von kemalistischer Gendarmerie unterstützt würde. Letztere bleibe im Besitze der Provinz bis nach Abschluß des Friedens. Bouillon betonte, daß diese Lösung innerhalb 48 Stunden erfolgen müsse, denn Kemal bestehe darauf, daß Thrazien den Türken nicht in einem so verheerten Zustande übergeben werde, wie sie Anatolien nach dem Rückzug der Griechen vorgefunden hätten. Man müsse keine Zeit verlieren, um die vorgeschlagenen Maßnahmen durchzuführen.

Da ein von **Franklin Bouillon** an die **französische Regierung** abgesandtes Telegramm über seine Besprechungen mit Mustapha Kemal Pascha in Smyrna, nach dem Franklin Bouillon eine Entscheidung **innerhalb 48 Stunden** für geboten hält, bereits Sonnabend vormittag am Quai d'Orsay angekommen ist, muß bereits heute, also am Montag, eine **Entscheidung durch die Alliierten** getroffen werden. Franklin Bouillon sagte noch in seinem Bericht, daß die kemalistischen Truppen in Thrazien erst nach Abschluß des Friedens einrücken werden. Die Vorkonferenz von Mudania und die Grundlage, auf der diese zusammentritt, müssen erst von der Nationalversammlung in Angora genehmigt werden. Die Friedenskonferenz könnte dann am 15. Oktober zusammentreten.

Jussuf Kemal sandte von Angora am 29. September eine Note an Poincaré, dit mitteilt, daß der Befehl erteilt worden ist, sofort die verschiedenen Maßnahmen einzustellen, die sich in Richtung auf Konstantinopel und Tschanak-Kalessi auf der Verfolgung der hellenischen Armee entwickeln. Die von Franklin Bouillon gegebenen Versicherungen hätten die Gefühle der Gerechtigkeit erkennen lassen, von denen die Vorschläge der Entente zur Sicherung der Rechte der Türkei geleitet werden. Jedoch würde eine Belassung Thraziens unter der Verwaltung und der Besetzung der hellenischen Armee — und wäre es auch nur für einen Tag lang — Grund zu Befürchtungen aller Art für die Bevölkerung der Türkei sein. Es sei daher unerläßlich, Thrazien bis westlich der Maritza und einschließlich Adrianopels sofort zu räumen und es der Regierung der großen türkischen Nationalversammlung zurückzugeben.

Von maßgebender Seite verlautet in London, daß in der Lage im Nahen Osten eine

merkliche Entspannung

eingetreten sei. **Die türkischen Truppen haben sich auf Erenköj zurückgezogen.** Die militärischen Behörden hegen daher nicht länger Befürchtungen wegen etwaiger unmittelbarer Verwicklungen. Es ist vereinbart worden, die Frage der völligen Zurückziehung der türkischen Truppen aus der neutralen Zone von einer Konferenz alliierter, griechischer und türkischer Generale behandeln zu lassen, die wahrscheinlich am Dienstag in Mudania stattfinden soll. Da erst das Ergebnis dieser Konferenz abgewartet werden müsse, ist, falls kein unerwartetes Ereignis eintritt, keine bedeutsame Aenderung in der Lage vor Mittwoch oder Donnerstag zu erwarten. Der **britische Standpunkt** ist nach wie vor der **von den Alliierten in Paris vertretene**, nämlich, daß **erstens kein türkisches militärisches Eindringen in die neutrale Zone während der Konferenz erfolgen darf und zweitens, daß vor Abschluß des Krieges Kemal nicht gestattet werden darf, nach Europa überzusetzen.**

Einer Londoner Blättermeldung aus Paris zufolge erklärte eine sehr hohe Persönlichkeit Sonnabend, daß Frankreich militärisch an irgend einem englisch-türkischen Konflikt unter den gegenwärtigen Umständen nicht teilnehmen werde.

Die Pariser Morgenpresse vom Sonntag beurteilt die Lage im nahen Orient wesentlich optimistischer als die Abendblätter am Sonnabend. Nach dem „Journal" soll Poincaré in London haben wissen lassen, daß Frankreich in jedem Falle friedlich bleiben wolle. Wenn der Krieg morgen im Orient ausbreche, werde Frankreich nicht daran teilnehmen. Die Zeitung fragt, warum es denn zum Kriege kommen solle. Mustapha Kemal Pascha wolle ja verhandeln. „Petit Parisien" sagt, die treuen Freunde Frankreichs fragten, ob, wenn die Türken England zum Kriege zwängen, Frankreich dann vergessen werde, was England 1914 für Frankreich getan habe. Jede Zweideutigkeit müsse beseitigt werden, es handle sich um die Zukunft der französisch-englischen Beziehungen. Man müsse zuerst feststellen, daß Frankreich auf keinen Fall daran denke, eine einzige seiner Verpflichtungen zu verleugnen, besonders aber nicht diejenigen, die in der Note enthalten seien, die die Alliierten am 23. September der Regierung von Angora übermittelt hätten. In dieser Note werde zweimal erklärt, daß die Türken nicht in die für neutral erklärten Zonen eindringen dürften. Das bedeute, daß, wenn die Türken beharrlich diese Zonen besetzt hielten, Frankreich gezwungen sei, die hinsichtlich Ostthrazien und Adrianopel versprochenen Zugeständnisse zurückzunehmen. Aber man würde es in Frankreich nicht verstehen, wenn eine französische Regierung sich in Verwickelungen hineinziehen ließe, noch weniger aber, wenn sie einen einzigen Mann opfere, weil etwa ein einfacher örtlicher Zwischenfall sich in der Gegend von Tschanak ereigne.

„Westminster Gazette" berichtet, daß in der Londoner City beträchtliche Besorgnis wegen der Aufwendungen für den Orient herrscht. Die bisher unternommenen Schritte sollen bereits eine Ausgabe von etwa 20 Millionen Pfund Sterling verursacht haben. Sollte ein Krieg ausbrechen, so würden, selbst bei kurzer Dauer der Feindseligkeiten, gewaltige Kosten entstehen. Die „Times" schreiben in einem Leitartikel, sollte Großbritannien ein neuer Krieg aufgezwungen werden, so werde das Land und das Reich ihn mit der äußersten Abneigung führen und nur in der Hoffnung, damit ein noch größeres Uebel zu vermeiden. Mißtrauen gegen die Regierung, deren Politik zu einem so gräßlichen Dilemma geführt habe, könnte die nationale und Reichsaktion hemmen. Es sei fraglich, ob Leuten, die das Friedensprogramm im Nahen Osten und in Europa so schlecht angefaßt hätten, die Führung der nationalen Angelegenheiten im Falle eines Krieges anvertraut werden könne. Die „Times" fordern die Einberufung des Parlaments und schließen: Sollte der Krieg kommen, so wird die Nation zweifellos ihre Regierung unterstützen, insbesondere, wenn sie eine Regierung hat, die ihr als vertrauenswürdig erscheint. Aber das Land müßte klarer als bisher den Grund und die Notwendigkeit für die neuen Opfer erkennen. Die Minister müssen einzeln und gemeinsam alle Anstrengungen machen, um, wenn möglich, die Feindseligkeiten zu vermeiden.

Aus Belgrad wird gemeldet: Angesichts der nahezu einheitlichen Stellungnahme der Oeffentlichkeit gegen eine Wiederherstellung der türkischen territorialen Macht in Europa wird in Regierungskreisen betont, daß die Rückkehr der Türken auf den Balkan nicht erwünscht komme und daß der ursprüngliche Standpunkt Englands jedenfalls besser den Interessen der Balkanvölker entsprochen hätte. Zur Durchsetzung dieses Standpunktes hätte es jedoch großer Aktionen und gegebenenfalls großer Opfer bedurft, welche in keinem Verhältnis zu dem zu erreichenden Ziele gestanden hätten. Eine militärische Aktion erscheine den jugoslavischen Staatsmännern umso weniger angebracht, als Kemal Pascha keine aggressiven Absichten gegenüber Jugoslavien hege. Nichtsdestoweniger werde die Belgrader Regirung der weiteren Entwicklung der Ereignisse im Nahen Osten größte Aufmerksamkeit schenken.

Die Bulgar. Telegr.-Agentur meldet: Die öffentliche Meinung Bulgariens verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der Ereignisse, die durch den griechisch-türkischen Krieg hervorgerufen worden ist. Sie hofft mehr denn je, daß die gerechten und gesetzmäßigen Ansprüche Bulgariens auf einen Zugang zum Meer sowie auf Bildung eines geeinten autonomen Thraziens gelegentlich der Regelung des orientalischen Problems in Betracht gezogen werden. Im ganzen Lande haben Versammlungen stattgefunden, die Entschließungen in diesem Sinne faßten.

Nach einem Bericht des Oberbefehlshabers der griechischen Armee in Thrazien, Generals Polymenakos, drangen die Türken unter Verletzung des neutralen Gebietes in die Gegend von Strandja ein, besetzten das Dorf Safalan und töteten 11 Mann der dort liegenden griechischen Abteilung. Die Türken wurden durch einen griechischen Gegenangriff aus dem Dorfe wieder hinausgeworfen. Auf türkischer Seite fielen während der Verfolgung ein Offizier und 25 Soldaten. Die Griechen verloren einen Toten und einen Verwundeten.

König Konstantin abgefahren.

Reuter erfährt, daß der vormalige König Konstantin, die Königin Sophie und die Prinzen Nikolaus und Andreas am Sonnabend an Bord eines griechischen Kauffahrteischiffes abgefahren sind. Blättermeldungen zufolge wird sich der Exkönig nach Palermo begeben. Eine Pariser Nachrichtenagentur verbreitet eine Meldung aus Athen, Exkönig Konstantin werde mit seiner Familie in Palermo Wohnsitz nehmen.

Der **König Georg** empfing Sonnabend morgen den leitenden Ausschuß der revolutionären Bewegung, in dessen Namen Oberst **Gonatas** eine Ansprache hielt. In dieser sagte er: Heer und Flotte erhoben sich mit der Forderung, daß alle diejenigen von der Regierung entfernt würden, die zu der Katastrophe beitrugen, und daß jedes Hindernis beseitigt werde, das uns der Unterstützung unserer mächtigen Verbündeten im großen Kriege beraubte. **König Georg** erklärte, daß die Abdankung seines Vaters aufrichtig und endgültig sei. Der Exkönig äußerte sich bei privaten Unterhaltungen in demselben Sinne. Das neue Kabinett hat **Zaimis** gebildet. Es hielt vorgestern seine erste Sitzung ab, in der es die Lage besprach.

Venizelos ist Sonnabend vormittag in London eingetroffen.

Afghanistan feiert den türkischen Sieg.

Reuter meldet aus **Peschawar**, daß aus Anlaß des türkischen Sieges der 15. September in Afghanistan offiziell als Tag der Freude und des Gebetes gefeiert worden ist.

Die Reichsregierung und die Schuldfrage.

Ein Interview mit dem Reichskanzler.

Der Reichskanzler Dr. Wirth erklärte Vertretern ausländischer Zeitungen über die Schuldfrage folgendes:

In der letzten Zeit haben in Deutschland zahlreiche Kundgebungen zur Frage der Schuld am Weltkriege stattgefunden. Eine große Bewegung geht durch alle Teile des Volkes, und immer wieder wird dagegen protestiert, daß Deutschland die Rolle des Verbrechers von 1914 spielen soll. Die Deutsche Regierung kann sich dieser Bewegung gegenüber nicht gleichgültig verhalten und hat dies auch nie getan, wenn sie auch aus politischen Gründen nicht immer so vorgehen durfte, wie dies temperamentvolle Kämpfer in der Schuldfrage forderten.

Die Frage hat uns aber ununterbrochen beschäftigt, und wir sind mit allen Kräften bemüht, soweit es nur irgend in unserer Macht steht, zu ihrer Klärung beizutragen. Sie wissen selbst, daß sich in vielen Ländern die Stimmen mehren, die das ganze Problem, wie es zu der furchtbaren Katastrophe des Weltkrieges kommen konnte, für noch lange nicht gelöst erklären, die versuchen, diesem Problem auf den Grund zu gehen, weil sie sich nicht bei der Ansicht bescheiden können, daß ein so maßloses Unglück, das fast sämtliche zivilisierten Völker in seinen Strudel hineinzog, nur durch die Schuld eines der zahlreichen Betroffenen heraufbeschworen sein kann. Sie haben selbst gesehen, wie sich das deutsche Ehrgefühl gegen eine solche Behauptung sträuben muß, und wir wissen auch, daß die Folgen jenes Urteilsspruches, der lediglich vom Ankläger gefällt wurde, unser Volk in immer tiefere Leiden stürzen. Aber außerdem handelt es sich hier um eine Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung für die gesamte Menschheit. Nur wenn die Wurzeln der Katastrophe von 1914 restlos aufgedeckt werden, läßt sich ihre Wiederholung für alle Zeiten verhindern. Das ist die hohe ethische Seite des Problems, deren Ernst sich niemand, dem die Zukunft unserer Kulturwelt am Herzen liegt, verschließen darf.

Die Vorgänge, die zum Weltkriege führten, können nur durch rückhaltlose Offenheit aller Beteiligten aufgeklärt werden. Deutschland hat diesen Weg gleich nach Beendigung des Krieges beschritten. Zuerst brachten wir die sogenannten Kautsky-Akten heraus, die alle deutschen Dokumente aus den Tagen unmittelbar vor Kriegsausbruch enthielten. Vor kurzem sind dann, wie Ihnen wohl bekannt ist, die ersten sechs Bände der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes erschienen, und diese Sammlung wird, wenn sie einmal abgeschlossen ist, der Oeffentlichkeit von den geheimen Schriftstücken der Wilhelmstraße aus den Jahren 1871 bis 1914 ein vollständiges Bild geben. Während wir so unsererseits alles zur Verfügung stellen, um unseren Beitrag zu der mühsamen Arbeit einer restlosen Aufdeckung der Wahrheit zu liefern, verfolgen wir natürlich mit gespannter Aufmerksamkeit alle anderen Publikationen, die neue Aufschlüsse über die große Frage, von der wir sprechen, enthalten. Daß durch sie ebenfalls bedeutsames Material zu Tage gefördert wird, zeigt nicht nur das von der Sowjetregierung kürzlich veröffentlichte Aktenmaterial sowie das in Paris erschienene „Livre noir", sondern auch eine soeben von dem früheren Gesandten Freiherrn von Romberg herausgegebene Sammlung diplomatischer Dokumente über die Fälschungen des russischen Orangebuches.

Diese Bücher sind für jeden, der sich über die Schuldfrage unterrichten will, eine sehr interessante Lektüre.

Lassen Sie mich nur auf einen Punkt in dem letztgenannten Werk hinweisen! Das Buch enthält den vollständigen Telegrammwechsel zwischen der russischen Botschaft in Paris und dem russischen Auswärtigen Amt in Petersburg, während der sogenannten „schwarzen Woche" Ende Juli 1914. Hält man neben diese Sammlung von Depeschen das offizielle russische „Orangebuch", das zu Kriegsanfang aus dem gleichen Aktenmaterial zusammengestellt wurde, um die Haltung Rußlands bei Kriegsausbruch zu rechtfertigen, so erkennt man sofort, daß im „Orangebuch" vieles weggelassen und entstellt wurde, um vor der Welt einen falschen Eindruck zu erwecken.

So enthält z. B. eine Depesche des russischen Geschäftsträgers in Paris vom 24. Juli 1914 in ihrer ursprünglichen Fassung einen Satz, der in der offiziellen Ausgabe weggelassen wurde, obwohl oder besser, weil er auf die Rolle Deutschlands ein günstiges Licht wirft. Er lautet: „Deutschland wünscht heiß die Lokalisierung des Konfliktes, da die Einmischung einer anderen Macht auf Grund der bestehenden Verträge unberechenbare Folgen nach sich ziehen müßte." Hier zeigt sich also, daß man auch auf der Gegnerseite genau wußte, daß Deutschland die Entfesselung des Weltkrieges nicht wollte, sondern danach strebte, den Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien einzudämmen.

Sehr charakteristisch ist ferner, daß die Vermittlungsversuche, die Deutschland während der kritischen Tage in Paris unternahm, in der offiziellen Ausgabe entstellt, die Schritte des deutschen Botschafters vom 28. und 29. Juli sogar unterdrückt wurden, weil aus den Original-Depeschen Iswolskys, des bekannten russischen Botschafters in Paris, hervorgeht, daß diese Schritte an der ablehnenden Haltung der französischen Regierung scheiterten. Auf der anderen Seite können wir jetzt an der Hand der unverkürzten Dokumente klar erkennen, daß Rußland von vornherein jegliche Vermittlung der Mächte ablehnte. Denn am 27. Juli telegraphierte der russische Außenminister Sasonow nach Paris und London: „Wenn es sich darum handelt, irgend einen mäßigenden Einfluß in Petersburg auszuüben, so weisen wir einen solchen von vornherein zurück, da wir von Anfang an einen Standpunkt eingenommen haben, an dem wir nichts ändern können, weil wir bereits allen annehmbaren Forderungen Oesterreich-Ungarns entgegenkommen."

Sogleich läßt sich beobachten, daß von französischer Seite tatsächlich auch nicht der geringste Versuch gemacht wurde, auf Rußland im Sinne der Nachgiebigkeit einzuwirken. Iswolsky stellte vielmehr an einer Stelle, die im „Orangebuch" gleichfalls ausgemerzt ist, mit Genugtuung fest, daß Paris jeder Gedanke an eine Einwirkung auf Petersburg durchaus fern liege. Ganz im Gegenteil gab man Petersburg immer wieder die Versicherung unbegrenzter Unterstützung. So meldet z. B. Iswolsky in einem Telegramm vom 29. Juli, daß der französische Ministerpräsident Viviani sich sofort nach seiner Rückkehr aus Rußland zu ihm in diesem Sinne geäußert habe. Selbst als die Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung in Rußland einlief, wurde die bedingungslose Zusage erneuert. Denn in diesem Augenblick meldet ein Telegramm des russischen Botschafters: „Die französische Regierung ist bereit, alle Bündnispflichten zu erfüllen."

Sie sehen aus diesen wenigen Proben, daß auch das neue Aktenwerk bedeutende Beiträge zur weiteren Klärung der Frage nach der Geschichte des Kriegsausbruchs bringt. Es ist sicher eine lohnende Aufgabe für die Forscher unserer Zeit, sich in den gebotenen Stoff zu vertiefen und alles ans Licht des Tages zu ziehen, was hier wie in anderen Publikationen der letzten Zeit für die noch nicht gefundene Lösung des gewaltigen Problems Neues vorliegt. Widmet sich die Wissenschaft einer solchen Aufgabe, so leistet sie, wie schon gesagt, der ganzen Menschheit einen Dienst, indem sie mithilft an dem Kampf um die Wahrheit über das tragische Schicksal der Völker von 1914.

SLUB
Wir führen Wissen.

Die Besprechungen über die Beamtengehälter.

Am Freitag wurden im Reichsfinanzministerium die Besprechungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften über die Umgestaltung der Beamtenbesoldung fortgesetzt. Zunächst machte die Regierung Vorschläge, zu denen die Gewerkschaften im Laufe des gestrigen Sonntags Stellung nehmen sollten. Am heutigen Montag werden dann die Verhandlungen mit der Regierung fortgesetzt. Auch die Freitagbesprechung wurde nur im großen Rahmen geführt. Da voraussichtlich eine Stabilisierung der deutschen Mark in absehbarer Zeit nicht erfolgen dürfte, schlägt die Regierung vor, in Zukunft auch weiterhin das System der **Teuerungszuschläge** auf die jetzt neu zu ermittelnden Grundgehälter **beizubehalten.** Als **Grundlage** der Verhandlungen dürfte **die Indexziffer** genommen werden. Die Gewerkschaften erklärten sich im großen und ganzen mit dem von der Regierung gemachten Vorschlag der Gehaltserrechnung einverstanden. Allerdings, und hier dürfte es zu Auseinandersetzungen kommen, verlangen die Organisationen eine Angleichung der Gehaltsstufen aneinander.

Die Industriellen zur Frage der Lohnerhöhungen.

Die Hauptversammlung des **Verbandes Berliner Metall-Industrieller** hat, wie von diesem mitgeteilt wird, dem Schiedsspruch eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses, der die Löhne der Metallarbeiter für den Monat Oktober um 47 Prozent gegenüber dem Vormonat erhöht, zugestimmt. Die Zustimmung erfolgte gegen eine lebhafte Opposition und nachdem in der Hauptversammlung die schwerwiegendsten Bedenken geäußert waren. Es wurde geltend gemacht, daß es **volkswirtschaftlich durchaus falsch** ist, immer und immer wieder **Lohnerhöhung** zu geben, von der letzten Endes die mit der Lohnerhöhung Bedachten gar keinen Vorteil hätten, da mit zunehmender Erhöhung des Lohnniveaus auch wiederum die Teuerung selbst sich steigert. Die Bedenken, die der Annahme der Lohnerhöhung entgegenständen, lägen nicht nur in der allgemeinen Kreditnot, die die Beschaffung der Geldmittel für die ständig steigenden Löhne und die damit auch ständig steigenden Materialpreise immer mehr erschwert, sondern gleichzeitig auch in dem starken Abfallen der Inlandsaufträge und in dem ebenso starken Zurückgehen des Auslandsgeschäftes, welches bei einer ganzen Anzahl von Ländern schon zu einer völligen Einstellung des Exports geführt hat. Durch die neue Lohnerhöhung werden weitere Länder vom Export ausgeschaltet und der bereits recht erhebliche Import fertiger Ware nach Deutschland wird weiter gesteigert werden. Der bereits **drohende Rückgang des Beschäftigungsgrades** und damit die **Erwerbslosigkeit** werden in Kürze eintreten.

Wenn die wesentliche Lohnerhöhung trotzdem schließlich gegen die geschilderten Bedenken angenommen wurde, so geschah dies in einer Zwangslage, weil insbesondere wiederum der **Staat mit einer Erhöhung von ganz bedeutendem Ausmaß vorangegangen** war, und weil es nicht angängig erschien, daß sich ein einzelner Wirtschaftskreis dann von der Lohnerhöhung ausschließt. Es wurde aber klar zum Ausdruck gebracht, daß eine Besserung der Lage der Lohnempfänger durch die dauernden Lohnerhöhungen nicht herbeigeführt werden könne, und daß auch die verantwortlichen Staatsleiter endlich erkennen müßten, daß eine Vermeidung des Zusammenbruchs nur durch Abstellung des Grundübels möglich sei, nämlich der Tatsache, daß in Deutschland **zu viel konsumiert** und **so wenig produziert** wird.

Die Arbeiterkundgebungen in Berlin.

Die Betriebsräte Groß-Berlins hatten zum Sonntag vormittag die Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten, Beamten und Hausfrauen zu einer Kundgebung nach dem Wittenbergplatz eingeladen. Da die vereinigten sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften jede Beteiligung an dieser Demonstration abgelehnt hatten, war der Anmarsch aus den 22 Bezirken Groß-Berlins nur gering. Man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf etwa 25 000, die unter roten Fahnen mit dem Sowjetstern teils zu Fuß, teils mit der Bahn eintrafen. Zwölf Mitglieder des Fünfzehner-Ausschusses der Betriebsräte Groß-Berlins hielten Ansprachen, in denen sie zum Kampf gegen das Wucher- und Schiebertum, gegen Teuerung und Verelendung aufforderten und für die Kontrolle der Produktion und den Reichsbetriebsräte-Kongreß eintraten. Der Verlauf der Veranstaltung war vollkommen ruhig. Nach Schluß derselben zogen die Teilnehmer einzeln oder in Trupps nach ihren Treffpunkten zurück.

Der Reichsstädtebund fordert die Aufhebung des Depotzwanges.

Der **Reichsstädtebund** hat folgende Entschließung gefaßt: Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes beantragt die baldige **Aufhebung der Auskunftspflicht für Sparkassen und Banken,** sowie des **Depotzwanges.**

Durch die Zurückhaltung großer Geldbeträge im Privatbesitz wird die Entwicklung der Sparkassen nicht nur gehemmt, sondern eine gewaltige Abnahme der Einlagen ist eingetreten. Diese Zurückhaltung des Bargeldes trägt direkt zur Förderung der drohenden volkswirtschaftlichen Katastrophe bei. Die Kommunalverbände erwarten von der Wiedereinführung des Sparkassengeheimnisses einen starken Zustrom an Einlagen und dadurch eine Verminderung des Geldumlaufs und Besserung der mißlichen Kreditverhältnisse der Gemeinden und ihrer Einwohnerschaft. Zur Steuerung der Kapitalflucht werden scharfe Sonderbestimmungen für die Grenzgebiete empfohlen.

Eine weitere Entschließung besagt: Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes stellt fest, daß die **finanziellen Verhältnisse** der ihm angehörigen **Städte** ganz unhaltbar geworden sind und daß auch die vom Reiche in die Wege geleitete Hilfsaktion bei weitem nicht genügt, um die infolge der Geld- und Kreditnot bevorstehende Katastrophe aufzuhalten. An die Reichs- und Landesregierungen wird daher die Forderung gerichtet, **rascher** und in **größerem Umfange** den Städten Mittel zu überweisen und Kredit zu beschaffen. Andernfalls sind sie außerstande, ihre wichtigsten Aufgaben zu erfüllen, insbesondere auch bei der bevorstehenden Winternot die Lebensmittelversorgung der Bedürftigen durchzuführen. Entsprechend dem Worte des Herrn Reichskanzlers: „Zuerst Brot, dann erst Reparationen" ersucht der Reichsstädtebund alles zu tun, um die deutschen Gemeinden lebensfähig zu erhalten.

Der deutsche Pazifistenkongreß,

der von den 15 im deutschen Friedenskartell vereinigten Gesellschaften nach Leipzig einberufen worden ist, wurde am Sonntag mit einem Begrüßungsabend im Lehrervereinshaus eingeleitet, zu dem außer den führenden Persönlichkeiten der deutschen Friedensbewegung — man bemerkte u. a. Prof. Dr. Quidde, Helmut von Gerlach, Dr. Helene Stöcker, Graf Harry Keßler, während eine Reihe weiterer bekannter Führer noch erwartet wird — auch eine große

Anzahl namhafter Vertreter aus der Friedensbewegung des Auslandes, namentlich der englisch sprechenden und der nordischen Staaten, erschienen waren. Nach der Begrüßungsansprache des Schriftstellers Achilles, des Vorsitzenden des Leipziger Kriegsgegnerbundes, sprachen verschiedene ausländische Kongreßteilnehmer, die die Grüße der von ihnen vertretenen Verbände überbrachten. Mit einem Schlußwort des Landtagsabgeordneten Puder, der es als die Aufgabe der Kongreßteilnehmer bezeichnete, wirkliche Träger und Vorleber ihrer großen Idee zu sein, schloß der anregende Abend.

Die Wahlen in Polnisch-Oberschlesien.

Ueber die ostoberschlesischen **Wahlen zum Sejm** veröffentlicht die polnische Telegraphen-Agentur folgendes amtliche Ergebnis: Korfantyblock **achtzehn,** polnische Sozialisten **acht,** Rymerpartei **sieben,** Polnische Volkspartei (Witos) **einen,** Deutsche Partei **vier,** Katholische Volkspartei **acht** und deutsche Sozialdemokraten **zwei** Sitze. Die deutschen Parteien haben somit **vierzehn,** die polnischen **vierunddreißig Mandate** erhalten.

Die Völkerbundstagung geschlossen.

Die Völkerbundsversammlung wählte Sonnabend morgen zu nichtständigen Mitgliedern des Völkerbundsrates folgende Staaten: Brasilien, Spanien, Uruguay, Schweden und China. Die Kleine Entente, für die Jugoslavien vorgeschlagen war, wurde nicht gewählt. Die vier bisherigen nichtständigen Mitglieder wurden wiedergewählt.

Die Sitzung der Völkerbundsversammlung am Sonnabend nachmittag, die letzte in dieser Tagung, wurde ausschließlich der österreichischen Frage gewidmet, und der Abschiedsrede des Präsidenten Edwards. Man hatte ursprünglich damit gerechnet, daß bis zum Sonnabend die Regelung der österreichischen Frage erzielt werden und man daher die Schlußsitzung mit einer feierlichen Feststellung dieses Erfolges des Völkerbundes und der Bekanntgabe des Abkommens beenden könne. Die Schwierigkeiten, die in letzter Stunde den rechtzeitigen Abschluß der Ratsverhandlungen über die österreichische Frage unmöglich machten, vereitelten jedoch diesen Plan teilweise. Um aber das ursprüngliche Programm nicht völlig aufzugeben, wurde beschlossen, in der Schlußsitzung, der Bundeskanzler Seipel, Außenminister Grünberger und die anderen österreichischen Unterhändler beiwohnten, mindestens das österreichische Problem noch einmal darzulegen und über den gegenwärtigen Stand der Beratungen Mitteilung zu machen.

Am Beginn der Sitzung hielt daher im Namen des Völkerbundsrates Lord Balfour-England, Präsident des 5. Ausschusses, eine lange Rede, in der er ein Expose der Arbeiten des Rates in der österreichischen Frage gab, die, wenn auch noch nicht abgeschlossen, doch die großen Linien aufgestellt haben. Nach einem Rückblick auf die früheren Bemühungen des Völkerbundes zugunsten Oesterreichs erklärte Balfour, daß es bei der gegenwärtigen Lage nur eine Lösung gebe, innere Reformen mit Hilfe einer äußeren Anleihe. Diese Anleihe sei nur denkbar, wenn die vier Mächte, die gemeinsam mit Oesterreich im 5. Ausschuß säßen, zum größeren Teil die Anleihe garantierten. Ueber diesen Punkt sei man sich einig geworden. Balfour hob mit warmen Worten die persönliche Mitarbeit des österreichischen Bundeskanzlers Seipel hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach Abschluß der Versammlung in wenigen Tagen die Frage vollständig erledigt sein werde. In öffentlicher Sitzung würde dann der Völkerbundsrat die Ergebnisse seiner Arbeit, das Abkommen sowie das gesamte Aktenmaterial bekanntgeben. Balfour bezeichnete am Schluß seiner Rede den Tag, an dem der Völkerbund seinem Mitgliede Oesterreich die Möglichkeit der Wiederaufrichtung und des nationalen Weiterlebens biete, als einen großen Tag im Leben des Völkerbundes, da die Regelung der österreichischen Frage nicht nur diesem einen Lande, sondern der ganzen Welt zum Heile gereichen werde.

Nach Balfour sprach im Namen der österreichischen Delegation und insbesondere des anwesenden Bundeskanzlers Graf Mensdorff, der dem Völkerbund für seine Bemühungen dankte, die hoffentlich zu einem vollen Erfolge führen würden. Oesterreich danke dem Völkerbundsrat, insbesondere Balfour, wie allen Staaten, die bereits ihre Einwilligung zur Uebernahme einer Garantie gegeben hätten. Graf Mensdorff fügte hinzu, daß auch bereits verschiedene andere Länder, unter denen er Belgien nennen möchte, sich zur Uebernahme weiterer Garantien bereit erklärt hätten. Er schloß mit der Versicherung, daß, sobald das Abkommen abgeschlossen sei, Oesterreich sich mit voller Kraft seinem Wiederaufbau zuwenden und alle übernommenen Verpflichtungen erfüllen werde.

Hierauf ergriff Lord Robert Cecil das Wort, um dem Völkerbundsrat für seine Arbeiten zu danken. Die einschlägigen Akten über die Beratungen sollten auch dann veröffentlicht werden, wenn die Verhandlungen über Oesterreich scheitern sollten. Diese Erklärung rief in der Versammlung eine gewisse Sensation hervor. Balfour erhob sich sogleich und entgegnete von seinem Platze aus, daß im Falle eines Mißerfolges, an den er nicht zu glauben vermöge, selbstverständlich alle Dokumente der Weltmeinung vorgelegt werden würden. Bourgeois-Frankreich erklärte, die Sitzung solle nicht mit einer pessimistischen Note schließen. Man möge Vertrauen in das begonnene Unternehmen und in seinen vollen Erfolg haben, der dank den Grundsätzen und Methoden, die der Völkerbund in anderen Fällen aufgestellt habe, sicher sei.

Präsident Edwards ergriff das Wort zu seiner **Schlußrede. Von besonderem Interesse waren seine Wendungen über die Universalität des Völkerbundes: Während des ersten Jahres, erklärte Edwards, umfaßte der Völkerbund nur die Alliierten und die neutralen Länder; heute haben noch zwei der früheren Feinde der Alliierten noch nicht um ihre Aufnahme in den Völkerbund gebeten. Alle Länder, die um ihre Aufnahme nachsuchten, sind heute Mitglieder des Völkerbundes. Die außerordentlich wichtige Doktrin von der Universalität des Völkerbundes, wie sie von der Argentinischen Republik auf der ersten Versammlung proklamiert wurde, erhält gegenwärtig allmählich ihre Bestätigung durch diese Tatsache. In meiner Eigenschaft als Delegierter eines Landes, das mit Argentinien durch brüderliche Bande verknüpft ist, darf ich meine lebhafte Genugtuung darüber aussprechen, daß ein Gedanke, der in der Geschichte der Entwickelung des Völkerbundes eine Rolle spielt, die hier virtuell triumphiert. Muß ich besonders darauf hinweisen, mit welcher Freude der Völkerbund die große mexikanische Nation aufnehmen wird an dem Tage, an dem sie sich uns beigesellen will! Edwards erwähnte mit besonderer Anerkennung die historischen Resolutionen der Abrüstungskommission und die Aufnahme Ungarns, das in der Zusammenarbeit mit andern Ländern eine gerechte Entschädigung für seine Leiden finden müsse. Edwards schloß mit warmen Worten des Vertrauens in die Zukunft des Völkerbundes, der die Seelen aller Völker durchtränken müsse.**

Nachdem sich der starke Beifall gelegt hatte, mit dem die Versammlung und das Publikum die sehr eindrucksvolle, mit bewegter Stimme vorgetragene Rede Edwards aufnahm, erklärte der Präsident die dritte Tagung des Völkerbundes für geschlossen. Von neuem erhob sich der Beifall, worauf sich dann der Saal und die Tribünen langsam leerten.

Das Ergebnis der Tagung.

Die nunmehr beendete **Tagung der Völkerbundsversammlung** hat genau vier Wochen gedauert, also länger, als man zuerst annahm. Sie verlief, abgesehen von den Debatten über die Reparationsfrage, ohne große Spannungsmomente. Die eigentlichen politischen Sensationen kamen von draußen und galten vor allem den Gerüchten über die Ankunft Lloyd Georges, den Vorgängen im Orient und der Frage des Beitritts Deutschlands, die vor allem hinter den Kulissen viel Staub aufwirbelte. Als das große praktische Ergebnis der Tagung feiert eine offiziöse Darstellung des Völkerbundssekretariats die **Resolutionen über die Abrüstung,** um aber dann selbst darauf hinzuweisen, daß diese Resolutionen die Abrüstung nicht verwirklichen könnten, deren Durchführung nicht dem Völkerbund zustehe. Sie bildeten nur eine vorbereitende Arbeit. In all diesen Fragen liege die Entscheidung nach wie vor bei den Mächten. Ebenso bemerkenswert bleibe doch die Tatsache, daß sowohl in der Frage der intergouvernementalen Schulden, das heißt **Reparationsfrage** und **interalliiertes Schuldenproblem,** als auch in der **Orientfrage** die Völkerbundsversammlung ihre Dienste angeboten hat. In beiden Fällen ist ausdrücklich jede Entschließung den interessierten Mächten vorbehalten, aber auch in beiden Fällen ist das Prinzip aufgestellt worden, daß im Falle eines Scheiterns der direkten Verhandlungen zwischen den Mächten, ähnlich wie in der oberschlesischen Frage, der Völkerbundsrat zu ihrer Verfügung steht. Wenn die Versammlung bei der **Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder** weniger die europäischen Interessen berücksichtigte und zwei südamerikanische Ratssitze schuf, so zeigt das, wie auch verschiedene andere Kundgebungen für Amerika im Laufe dieser Tagung, mit welcher Besorgnis man in Genf die Beziehungen des amerikanischen Kontinents zum Völkerbund betrachtet. Im übrigen bezog sich die Arbeit der Völkerbundsversammlung auf die Annahme einer großen Zahl von **Resolutionen,** deren praktische Auswertung außerhalb des Machtbereiches der Versammlung liegt, entweder beim Völkerbundsrat oder bei den Mächten selbst. Charakteristisch für diese Tagung war dabei, daß ihre Hauptarbeit sich in Kommissionen vollzog, in denen der Einfluß und das Prestige der großen Staaten wirksamer zur Geltung kommt als im Plenum und daß die Versammlung sich größtenteils mit der Registrierung der Kommissionsbeschlüsse begnügte. Von besonderer Bedeutung auf der diesjährigen Tagung sollte das **Minderheitenproblem** werden, für das der südafrikanische Delegierte Murray wertvolle Grundsätze aufstellte, die allerdings in den Kommissionsberatungen stark verwässert wurden. Dabei trat die Abneigung der Staaten der Kleinen Entente, des Baltikums und Polens gegen die Ausnahmebestimmungen zum Schutze der Minderheiten deutlich zutage und es wurde zum ersten Male deutlich auf den Unterschied hingewiesen, der in dieser Versammlung zwischen ihnen und den durch keinerlei Minderheitsverträge gebundenen anderen Völkerbundsstaaten besteht.

Die österreichische Frage.

Der **Völkerbundsrat** und der **Fünferausschuß** werden in den nächsten Tagen ihre Beratungen über die **österreichische Frage** fortsetzen. Das Programm erstreckt sich auf folgende Punkte: Die territoriale Integrität und Souveränität Oesterreichs wird aufrecht erhalten und es können keine finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen getroffen werden, die mittelbar oder unmittelbar seine Unabhängigkeit bedrohen. Budgetreformen, die innerhalb von 2 Jahren zu verwirklichen sind: a) Das Defizit der Staatsbetriebe, das bis jetzt 150 Millionen Goldkronen im Jahre beträgt, muß beseitigt werden. b) Die Zahl der Beamten ist herabzusetzen, wodurch die Ausgaben auf 200 Millionen Goldkronen sinken würden. c) Die Einnahmen müssen erhöht werden; durch Steuern sind 200 Millionen Goldkronen zu erzielen. Das Defizit, das während der Durchführung dieser Reformen etwa 500 Millionen Goldkronen betragen dürfte, muß durch Anleihen gedeckt werden. England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei sind auf dem Wege, je 20 Prozent der notwendigen Anleihe zu sichern, und die Teilnahme anderer Regierungen ist ebenfalls gesichert. Oesterreich wird angesichts der Hilfsmittel nicht mehr auf die Ausgabe neuer Banknoten angewiesen sein. Die Banknoten werden von einer neuen Emissionsbank ausgegeben werden. Die Kontrollbehörden werden die Vollmacht haben, jeden Kredit zu verweigern, wenn die österreichische Regierung diese Reformpläne nicht in befriedigender Weise ausführt. Die Finanzreformen können nur Erfolg haben, wenn Oesterreich mehr produziert als konsumiert.

Der neue Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes.

Der **Völkerbundsrat** fällte Sonnabend abend seine Entscheidung in der Frage, welches die acht industriell bedeutsamsten Staaten seien, die nach dem Friedensvertrag ohne weiteres Mitglieder des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes sind. Danach wurden bezeichnet: Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Kanada, Italien, Japan und Indien.

Der **Völkerbundsrat** genehmigte Sonnabend abend den Bericht des brasilianischen Vertreters da Gama über die Lage der deutschen Minderheiten in Polen und forderte den anwesenden polnischen Vertreter Askenazy auf, ihn mit möglichster Beschleunigung der polnischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, damit weitere Maßnahmen gegen die deutschen Ansiedler unterbleiben.

SLUB
Wir führen Wissen.